

6961

Stenographisches Protokoll

78. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 1. Feber 1985

Tagesordnung

Erklärung des Bundeskanzlers

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 6964)

Geschäftsbehandlung

Verlangen nach namentlicher Abstimmung (S. 7001)

Mitteilung des Präsidenten Mag. Minkowitsch gemäß § 49 Abs. 2 der Geschäftsordnung zur Abwesenheit des Abgeordneten Grabher-Meyer bei der Abstimmung (S. 7002)

Tatsächliche Berichtigung

Dr. Stix (S. 6979)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 6964)

Verhandlungen

Erklärung des Bundeskanzlers

Bundeskanzler Dr. Sinowatz (S. 6964)

Durchführung einer Debatte gemäß § 81 der Geschäftsordnung (S. 6967)

Redner:

Dr. Mock (S. 6968),
Wille (S. 6972),
Dr. Steger (S. 6974),
Dr. Stix (S. 6979) (tatsächliche Berichtigung),
Dr. Kohlmaier (S. 6979),
Dr. Schranz (S. 6982),
Dr. Ermacora (S. 6984),
Hintermayer (S. 6987),
Dr. Steiner (S. 6989),
Cap (S. 6992),
Marsch (S. 6994) und
Dr. Neisser (S. 6996)

Entschließungsantrag (Mißtrauensantrag) der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber dem Bundesminister für Landesverteidigung gemäß Artikel 74 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz (S. 6982) — Ablehnung (S. 7001)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

484: Europäisches Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgerechts (S. 6964)

516: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zur Änderung des Abkommens über den Kleinen Grenzverkehr vom 28. September 1967 in der Fassung des Änderungsabkommens vom 5. Februar 1975

542: Bundesgesetz über die Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (S. 6964)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Kohlmaier und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Ermittlung der Daten über die Einkommensverteilung in Österreich (1092/J)

Dr. Kohlmaier und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Leiharbeitsverhältnisse in den verstaatlichten Betrieben (1093/J)

Dr. Kohlmaier, Dr. Stummvoll und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend irreführende Aussagen des Sozialministers zum Thema Entlastung der Wirtschaft (1094/J)

Deutschmann und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Viehwaaagen-Aktion (1095/J)

Deutschmann und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Qualitätsmastaktion für Ochsen und Kalben, Einstellung der Aktion mit 31. Dezember 1984 (1096/J)

479

Dr. Hafner und Genossen an den Bundesminister für Familie, Jugend und Konsumentenschutz betreffend Schülerfreifahrt (1097/J)

Dr. Schwimmer und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Schildbürgerstreich um Rennweg-Kaserne (1098/J)

Dr. Lanner und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Investitionshilfe aus dem Umweltfonds zur Finanzierung der Erdgasversorgung in Tirol (1099/J)

Dr. Lanner und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Investitionshilfe aus dem Umweltfonds zur Finanzierung der Erdgasversorgung in Tirol (1100/J)

Deutschmann, Helga Wieser und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Berücksichtigung der Anliegen der Landwirtschaft bei der Festsetzung der Tierärztegebühren (1101/J)

Dr. Ettmayer und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Organstrafverfügungen auf Grund der Straßenverkehrsordnung (1102/J)

Dr. Marga Hubinek, Burgstaller und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Verhinderung unnötiger Tierversuche (1103/J)

Dr. Ettmayer, Vetter, Dipl.-Ing. Flicker und Genossen an den Bundeskanzler betreffend zwangsweise Übermittlung von Daten an die Tschechoslowakei (1104/J)

Dr. Ettmayer, Vetter, Dipl.-Ing. Flicker und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend zwangsweise Übermittlung von Daten an die Tschechoslowakei (1105/J)

Dr. Feurstein, Dr. Maria Hosp, Türtscher und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend Lärmbelästigungen im Wohngebiet von Gaißau und Höchst durch die Schweizer Nationalstraße Nr. 1 (1106/J)

Dr. Graff, Dr. Ermacora, Dr. Khol, Dr. Maria Hosp und Genossen an den Bundeskanzler betreffend verfassungswidrige Wiederverlautbarung des Verwaltungsgerichtshofgesetzes 1965 (1107/J)

Dr. Steidl, Dr. Schüssel, Dr. Keimel und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die Steuerrechtsreform (1108/J)

Bergmann, Dr. Maria Hosp und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend Restaurierung von Wandbildern im Palazzo Vecchio (1109/J)

Auer, Hofer, Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Änderung der Autobahn-Westspange in Wels auf Grund

eines überraschenden Vorschlags der Welser Stadt-SPÖ (1110/J)

Auer, Türtscher, Dr. Maria Hosp und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend steuerliche Berücksichtigung der Umwidmung von Landschaftsräumen zu Naturschutzgebieten (1111/J)

Hofer, Auer, Schuster und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Novellierung des Einkommensteuergesetzes 1972 § 18 Abs. 1 Z. 3 (1112/J)

Türtscher, Dr. Feurstein, Dr. Maria Hosp und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Entschließung des Vorarlberger Landtages betreffend die Abgasreinigung bei Kraftfahrzeugen (1113/J)

Hubert Huber und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Naturwald-Reservate in Österreich (1114/J)

Dr. Schranz und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Schutz der Fußgänger (1115/J)

Scheucher und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Maßnahmen des Bundesministeriums für soziale Verwaltung für den Bezirk Voitsberg in der laufenden Gesetzgebungsperiode (1116/J)

Dr. Jankowitsch, Dr. Rieder und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend die beschleunigte Ratifizierung der UN-Konvention gegen die Folter (1117/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Lichal und Genossen (1012/AB zu 1030/J)

des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Dietrich und Genossen (1013/AB zu 1019/J)

des Bundesministers für Familie, Jugend und Konsumentenschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen (1014/AB zu 1073/J)

des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Heinzinger und Genossen (1015/AB zu 1022/J)

des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Probst und Genossen (1016/AB zu 1015/J)

des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Preiß und Genossen (1017/AB zu 1018/J)

des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Vonwald und Genossen (1018/AB zu 1023/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (1019/AB zu 1036/J)

des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Lanner und Genossen (1020/AB zu 1079/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Maria Stangl und Genossen (1021/AB zu 1031/J)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Graff und Genossen (1022/AB zu 1037/J)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Burgstaller und Genossen (1023/AB zu 1048/J)

des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Höchtl und Genossen (1024/AB zu 1025/J)

des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Heininger und Genossen (1025/AB zu 1029/J)

des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Mag. Kabas und Genossen (1026/AB zu 1032/J)

des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (1027/AB zu 1034/J)

des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Vonwald und Genossen (1028/AB zu 1021/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Feurstein und Genossen (1029/AB zu 1070/J)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (1030/AB zu 1066/J)

des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (1031/AB zu 1027/J)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Lichal und Genossen (1032/AB zu 1058/J)

Beginn der Sitzung: 12 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Mag. Minkowitsch.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung des Nationalrates, die auf Grund eines Verlangens gemäß § 46 Abs. 5 der Geschäftsordnung einberufen wurde.

Die Amtlichen Protokolle der 75. Sitzung vom 23. Jänner wie auch der 76. und 77. Sitzung vom 24. Jänner 1985 sind in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Jolanda Offenbeck und Prechtl.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Seit der letzten Sitzung wurden die schriftlichen Anfragen 1092/J bis 1115/J an Mitglieder der Bundesregierung gerichtet.

Ferner sind die Anfragebeantwortungen 1012/AB bis 1032/AB eingelangt.

Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlage: Bundesgesetz über die Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (542 der Beilagen) eingelangt ist.

Die weiteren eingelangten Vorlagen weise ich folgenden Ausschüssen zu:

Dem Justizausschuß:

Europäisches Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgerechts (484 der Beilagen);

dem Außenpolitischen Ausschuß:

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zur Änderung des Abkommens über den Kleinen Grenzverkehr vom 28. September 1967 in der Fassung des Änderungsabkommens vom 5. Februar 1975 (516 der Beilagen).

Erklärung des Bundeskanzlers

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu deren einzigem Punkt: Erklärung des Bundeskanzlers.

Ich erteile dem Herrn Bundeskanzler das Wort.

12.04

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nach all den Diskussionen und Reaktionen, die die Überstellung eines seit Kriegsende in Italien inhaftierten Kriegsverbrechers nach Österreich im In- und Ausland hervorgerufen hat, ist es mir ein Anliegen, das österreichische Parlament, die österreichische Bevölkerung und die interessierte Weltöffentlichkeit über den tatsächlichen Sachverhalt zu informieren.

Zunächst eine grundsätzliche Feststellung. Italiens Ministerpräsident Craxi hat anlässlich der Überstellung Reders nach Österreich öffentlich erklärt, daß es zur Erinnerung an Blutvergießen und faschistischen Terror nicht eines alten Mannes hinter Festungsmauern bedürfe. Ich stelle dieses Zitat bewußt an den Beginn meiner Ausführungen, weil ich tiefen Respekt vor der Fähigkeit des Verzeihens empfinde, von der diese Geste Ministerpräsident Craxis 40 Jahre nach Beendigung des durch Hitler-Deutschland ausgelösten Zweiten Weltkrieges getragen war, und weil sie zeigt, daß man uneingeschränkte Ablehnung der Verbrechen aus der Zeit des Faschismus mit Toleranz und Fähigkeit zum Verzeihen verbinden kann.

Umso mehr bedaure ich, daß der humanitäre Aspekt dieses Falles durch eine Reihe von Mißverständnissen und Fehlinterpretationen überdeckt wurde, die sich — und ich scheue mich nicht, dies offen auszusprechen — aus der Vorgangsweise des Verteidigungsministers ergeben haben. Es ist mir daher ein Bedürfnis, Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, über den tatsächlichen Sachverhalt zu informieren und die gesamte Angelegenheit wieder ins Lot zu rücken.

Hohes Haus! Der ehemalige SS-Sturmbannführer Walter Reder wurde vom italienischen Militärgericht Bologna am 31. Oktober 1953 wegen des „fortgesetzten Verbrechens des Mordes an italienischen Staatsbürgern und Zivilpersonen“ sowie „des fortgesetzten Ver

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

brechens der Brandlegung und der Zerstörung italienischer Dörfer“ zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.

Zu diesem Zeitpunkt — und das möchte ich hier in Erinnerung rufen — war Reder deutscher Staatsbürger. Erst 1955 wurde Reder durch einen Bescheid der oberösterreichischen Landesregierung wieder die österreichische Staatsbürgerschaft zuerkannt, trotz zunächst gegenteiliger Rechtsansicht der Bundesregierung beziehungsweise des Verwaltungsgerichtshofes.

Am 14. Juli 1980 hat schließlich nach mehr als dreißigjähriger Haft das Militärgericht Bari entschieden, Reder bedingt zu entlassen. Gleichzeitig hat aber dieses Gericht verfügt, Reder in seiner Eigenschaft als Kriegsgefangener für fünf weitere Jahre anzuhalten. Erst nach Ablauf dieser Frist gilt die über ihn verhängte Strafe als getilgt.

Ich beschränke mich absichtlich auf diese kurze Darstellung, weil ich nach der Durchsicht aller Unterlagen, die in den Archiven des Bundeskanzleramtes und der Ministerien reichlich vorhanden sind, aus den vielen Briefen und Interventionen zugunsten Reders zu Recht schließen kann, daß den führenden Persönlichkeiten aller drei Parlamentsparteien die Hintergründe dieses Falles bestens bekannt sind.

Tatsächlich hat es an Interventionen für eine Begnadigung und seit 1980 für eine Repatriierung Reders nicht gemangelt. Soweit ich es überblicken kann, ist mehr als sechzigmal offiziell und inoffiziell von allen österreichischen Bundesregierungen seit den fünfziger Jahren, verschiedensten österreichischen Spitzenpolitikern, Landespolitikern und Bürgermeistern, aber auch von den Repräsentanten der Katholischen Kirche sowie der verschiedensten Institutionen und Vereinigungen interveniert worden.

Beginnend mit Dr. Gorbach, damals Dritter Präsident des Nationalrates, über Außenminister Gruber, Bundespräsident Schärff, Bundespräsident Jonas, Außenminister Kreisky, Außenminister Waldheim, Bundeskanzler Kreisky, den verschiedensten Verteidigungsministern, Kardinal König, Bischof Rusch, Bundespräsident Kirchschläger, Klubobmann Mock, Klubobmann Peter, Landeshauptmann Ratzenböck, Bürgermeister Guggenberger, sie alle setzten sich — und ich zitiere aus einem offiziellen Schreiben dieser Jahre — für die Rückkehr des „Major Reder, des letzten österreichischen Kriegsgefangenen“ ein.

Darüber hinaus erscheint es mir erwähnenswert, daß sich auch mehrere Päpste, darunter Papst Johannes XXIII., Papst Paul VI. und Papst Johannes Paul II. für eine Begnadigung beziehungsweise für die Freilassung Reders eingesetzt haben.

Namhafte Repräsentanten des öffentlichen Lebens besuchten Reder persönlich und kümmerten sich in vielfacher Weise um den Inhaftierten.

Alle diese Schritte erfolgten — und ich zitiere wieder aus einem Schreiben von damals — „im Sinne einer mit allen im Nationalrat vertretenen politischen Parteien erfolgten Absprache in vertraulicher Weise, um jegliche polemische Auseinandersetzung in den Massenmedien und die sich daraus eventuell ergebenden Konsequenzen ungünstiger Art für die Bemühungen hintanzuhalten“. — Zitatende.

Hohes Haus! Ich selbst sah mich veranlaßt, die mannigfaltigen Bemühungen der fünfziger, sechziger und insbesondere der siebziger Jahre fortzusetzen und richtete im August 1983 unter Hinweis auf die verschiedenen Kontakte meines Amtsvorgängers ein diesbezügliches Schreiben an Ministerpräsident Craxi. Schließlich wurde im Jänner dieses Jahres durch den österreichischen Botschafter in Rom in meinem Auftrag eine Note überreicht, in der dieses österreichische Anliegen in Erinnerung gerufen wurde.

Meine Damen und Herren! Am 22. Jänner 1985 um zirka 20 Uhr teilte die österreichische Botschaft in Rom dem Wiener Außenamt mit, daß die Überstellung Reders für Donnerstag, den 24. Jänner, 12.30 Uhr, vorgesehen sei. Im wesentlichen wurden folgende Überstellungsmodalitäten vereinbart:

Die absolute Geheimhaltung der Überstellung bis zu der für 19.15 Uhr desselben Tages vorgesehenen Veröffentlichung eines mit Italien akkordierten Kommuniqués, die völlige Abschirmung Reders vor der Öffentlichkeit für weitere zehn Tage, die Durchführung medizinischer Kontrolluntersuchungen während dieses Zeitraums, die Vermeidung jeglicher Publizität — insbesondere durch Interviews und öffentliche Erklärungen Reders — sowie die Unterfertigung eines offiziellen Übergabeprotokolls durch Österreich.

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten hat im Anschluß daran umgehend das Bundesministerium für Inneres beziehungsweise den Bundesminister für

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

Landesverteidigung in dieser Angelegenheit befaßt, um eine Überstellung Reders im Sinne der mit Italien getroffenen Vereinbarungen zu gewährleisten.

Mit dem Bundesministerium für Inneres wurde vereinbart, daß die offizielle Übernahme Reders, die Durchführung aller diesbezüglichen Formalitäten durch einen Beamten der Sicherheitsdirektion für Steiermark vorzunehmen sei.

Tatsächlich wurde Reder nicht — wie unrichtigerweise immer wieder behauptet wurde — dem Verteidigungsminister beziehungsweise dem Bundesheer, sondern — wie zwischen dem österreichischen Außenministerium und dem Kabinett des italienischen Ministerpräsidenten vereinbart — der steirischen Sicherheitsdirektion übergeben.

Um alle Legenden, die sich in diesem Zusammenhang gebildet haben, zu zerstreuen, gestatten Sie mir, das offizielle Übergabeprotokoll wörtlich zu verlesen. Ich zitiere wörtlich aus dem Übergabeprotokoll:

„Am 24. Jänner 1985 hat der unterschriebene Hauptmann der Carabinieri, Mauro Obinu, gemäß dem Auftrag, den er vom Ministerpräsident erhalten hat, Herrn W. Reder übergeben an Dr. Hubert Holler, Sicherheitsdirektor von der Steiermark. Diesem Akt“ — das heißt dem Akt der offiziellen Übergabe beziehungsweise der offiziellen Übernahme Reders — „haben beigewohnt folgende Personen, die alle unterschrieben haben: Oberst der Carabinieri Giovanni Cascone, Carabinieri Michele Flotta, der Reder eskortiert hat bis zur Erstellung dieses Protokolls, Leutnant Daniele, Arzt, sowie Rechtsanwalt Bettoni, Vertrauensanwalt des Herrn Reder und der österreichischen Botschaft in Italien.“

Sowohl aus dem zitierten Übergabeprotokoll als auch aus dem Bericht der steirischen Sicherheitsdirektion an das Bundesministerium für Inneres geht somit eindeutig hervor, daß kein Mitglied der österreichischen Bundesregierung die Übernahme Reders vorgenommen hat und es daher unrichtig ist, wenn in diesem Zusammenhang von einem „Staatsempfang“ durch den Verteidigungsminister oder von einer Übernahme Herrn Reders durch das Österreichische Bundesheer gesprochen wird.

Hohes Haus! Der ausschließliche Grund, warum auch der Verteidigungsminister mit der Angelegenheit Reder seitens des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten

befaßt wurde, lag darin, daß die Einhaltung gewisser Vereinbarungen am ehesten durch die Inanspruchnahme von Einrichtungen des Bundesheeres gewährleistet schien.

Ich möchte auch in diesem Zusammenhang eine Stellungnahme des Völkerrechtsbüros des Außenministeriums heranziehen, die Bundesminister Gratz angefordert hatte:

Demzufolge ist die Abwicklung der Heimschaffung eines Kriegsgefangenen aus innerstaatlicher Sicht als ein Akt der Durchführung eines Staatsvertrages, und zwar des Dritten Genfer Abkommens über die Behandlung der Kriegsgefangenen anzusehen. Gemäß dem Bundesministerengesetz fallen Maßnahmen, die zur innerstaatlichen Durchführung eines Staatsvertrages oder eines sonstigen Völkerrechtsgeschäftes notwendig sind, soweit es sich dabei nicht um völkerrechtliche oder außenpolitische Fragen handelt, in den Wirkungsbereich jeweils des Bundesministeriums, dem die Besorgung des betreffenden Sachgebietes zugewiesen ist. Militärische Angelegenheiten, und als solche ist die Heimschaffung eines Kriegsverbrechers mit dem Status eines Kriegsgefangenen wohl zu qualifizieren, fallen in den allgemeinen Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Die Einschaltung dieses Ressorts durch das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten bei der Heimschaffung Reders hatte somit ihre Grundlage auch in den betreffenden Regelungen des Bundesministerengesetzes.

Wie zwischen Außen- und Verteidigungsminister vereinbart war, sollte das Bundesministerium für Landesverteidigung insbesondere die Landung der italienischen Militärmaschine auf einem österreichischen Militärflugplatz, den Weitertransport Reders in eine Sanitätsanstalt und die völlige Abschirmung vor jeder Öffentlichkeit sicherstellen. Das und nichts anderes war die Aufgabe, die dem Verteidigungsminister gestellt war.

Da aber der Verteidigungsminister beim Transport Reders von Graz nach Baden persönlich anwesend war, konnte und mußte jener Eindruck entstehen, der im In- und Ausland Anlaß zu berechtigter Kritik gegeben hat.

Ich selbst wurde von dieser Vorgangsweise des Verteidigungsministers am 24. Jänner nachmittags unterrichtet. Ich habe daraufhin öffentlich erklärt, daß ich seine persönliche Anwesenheit beim Transport Reders von Graz nach Baden für einen schweren politi-

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

schen Fehler halte. Ich habe mich ausdrücklich von dieser Vorgangsweise distanziert und den Verteidigungsminister aufgefordert, mir ehestmöglich einen diesbezüglichen Bericht vorzulegen.

Der Verteidigungsminister hat daraufhin sein Besuchsprogramm anlässlich seines offiziellen Besuches in Kairo geändert, um rechtzeitig vor der Sitzung des Ministerrates vom 29. Jänner den angeforderten Bericht vorlegen zu können.

Aus diesem Bericht geht hervor, daß der Verteidigungsminister seine persönliche Anwesenheit damit begründet, daß er gemäß den getroffenen Absprachen für den Transport und die Unterbringung Reders mit der größtmöglichen Diskretion und Geheimhaltung Sorge tragen wollte; daß es auch nicht den Tatsachen entspräche, daß der Verteidigungsminister Herrn Reder zu einem Mittagessen eingeladen habe. Richtig sei vielmehr, daß Reder und seine Begleitung nach Eintreffen in der Heeressanitätsstation der Martinek-Kaserne mit einer Mahlzeit versorgt wurden, an der der Verteidigungsminister jedoch nur wenige Minuten teilnahm. Er habe währenddessen Telefonate mit dem Außenministerium geführt beziehungsweise Fragen anwesender Journalisten beantwortet, die durch eine vorzeitige, nicht vereinbarte Bekanntgabe der Überstellung Reders durch eine italienische Nachrichtenagentur informiert worden waren.

Hohes Haus! Ich möchte aus dem vom Verteidigungsminister Frischenschlager vorgelegten Bericht einige mir wesentlich erscheinende Passagen zitieren.

Der Verteidigungsminister schreibt: „Ich habe die letzten Tage benützt, um über mein Verhalten im Zusammenhang mit der Überstellung des wegen schwerer Kriegsverbrechen in Italien verurteilten Walter Reder nachzudenken — ein Verhalten, das von Ihnen, Herr Bundeskanzler, als schwerer Fehler bezeichnet wurde —, und ich bin zu dem Ergebnis gelangt, daß ich diesen Fehler einzubekennen habe.“

Mir war bekannt, daß sich führende Persönlichkeiten aus allen politischen Lagern bei den Verantwortlichen unseres Nachbarstaates Italien aus humanitären Gründen seit vielen Jahren um eine vorzeitige Haftentlassung von Walter Reder bemüht haben.

Aus meiner oben gegebenen Darstellung geht hervor, daß ich mich bemüht habe, die

Überstellung von Walter Reder im Sinne der verlangten Geheimhaltung durchzuführen; nichts lag mir ferner“, führt der Verteidigungsminister aus, „als der Überstellung Reders den Charakter eines regierungs-offiziellen oder militärischen Empfanges zu verleihen. Dennoch mußte ich erkennen, daß die gewählte Vorgangsweise für alle, die unter Kriegsverbrechen und Faschismus entweder selbst zu leiden hatten oder die Leiden ihrer Mitbürger nicht vergessen können, zu tiefer Betroffenheit geführt und auch im Ausland heftige Reaktionen hervorgerufen hat.“

Und weiter:

„Diese meine Fehleinschätzung tut mir leid und ich kann sie Ihnen gegenüber, Herr Bundeskanzler, wie gegenüber der gesamten Öffentlichkeit nur bedauern. Ich tue dies auch unter dem Aspekt, daß mein gesamtes politisches Verhalten von den Grundsätzen und Prinzipien geleitet wird, die das gemeinsame Fundament unserer demokratischen Republik bilden.“ — Ende des Zitats.

Der Bericht, das Begleitschreiben sowie die in den letzten Tagen erfolgten öffentlichen Erklärungen des Verteidigungsministers sprechen — wie ich meine — eine klare Sprache: Der Verteidigungsminister hat seinen politischen Fehler erkannt und ihn öffentlich eingestanden. Er hat sich von seiner eigenen Vorgangsweise distanziert und die tatsächlichen Motive seines Handelns deutlich gemacht. Ich halte seine Entschuldigung für aufrichtig und ehrlich.

Dieses persönliche und offene Eingeständnis eines singulären Fehlverhaltens, aber auch der Umstand, daß die bisherige Amtsführung des Verteidigungsministers korrekt und erfolgreich war, waren ausschlaggebend für meinen Entschluß, den Herrn Bundespräsidenten nicht um die Entlassung des Verteidigungsministers aus dieser Bundesregierung zu ersuchen.

Ich ersuche daher das Hohe Haus, die Klarstellung und die Entschuldigung des Verteidigungsministers ebenfalls zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 12.19

Präsident: Es liegt ein Verlangen gemäß § 81 der Geschäftsordnung vor, über die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers sogleich eine Debatte durchzuführen.

Werden gegen den Zeitpunkt Einwendungen erhoben? — Das ist nicht der Fall.

6968

Nationalrat XVI. GP — 78. Sitzung — 1. Feber 1985

Präsident

Wir gehen daher in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Mock.

12.20

Abgeordneter Dr. **Mock** (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Donnerstag vergangener Woche wurde der ehemalige SS-Sturmabführer Walter Reder, der in Italien wegen schwerer Kriegsverbrechen verurteilt wurde und dann fünf Jahre noch als Kriegsgefangener im Gefängnis war, frühzeitig freigelassen und nach Österreich überstellt.

Der Empfang des ehemaligen SS-Offiziers durch den österreichischen Verteidigungsminister persönlich hat zu einer Welle der öffentlichen Kritik im In- und Ausland und zu einem schweren Schaden für das Ansehen der Republik geführt.

Die Österreichische Volkspartei hat daher diese Sondersitzung verlangt, um den Versuch zu unternehmen, in einer gemeinsamen nationalen Aktion den Ruf unseres Landes, dieser Republik als achtbaren Staat mit bewiesener und unbestrittener demokratischer Tradition wiederherzustellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist für mich, meine Damen und Herren, unbestritten, daß sich die im Nationalrat vertretenen politischen Parteien nicht nur zu dieser Demokratie bekennen, sondern daß sie alle einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau und zum Funktionieren unserer Demokratie geleistet haben. Von dieser Überzeugung gehe ich auch bei meinem Debattenbeitrag aus.

Da wir unsere Grundgesinnung mit Stolz außer Streit stellen, müßten wir umso eher einen gemeinsamen Weg finden, den Schaden der letzten Tage wieder gutzumachen.

Ich möchte daher anfangs gleich sagen, daß ich sehr genau unterscheide zwischen dem humanitären Akt der Freilassung Walter Reders und dem politisch so schädlichen Akt eines quasi offiziellen Empfanges für einen in Italien wegen Kriegsverbrechen verurteilten ehemaligen SS-Offiziers. Nicht die Freilassung Reders, nicht Akte der Humanität haben Österreich geschadet, sondern Handlung und Vorgangsweise des Verteidigungsministers. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Mit Überraschung habe ich nun Ihrem Bericht entnommen, daß mit dem Bundesministerium für Inneres vereinbart wurde, die offizielle Übernahme

Reders durchzuführen. Das macht ja die Anwesenheit des Landesverteidigungsministers noch viel unverständlicher und unerklärbarer. Dann hätte er dort ja überhaupt nichts zu tun gehabt, muß ich sehr deutlich sagen, da gab es überhaupt keinen offiziellen Anlaß.

Was die Geheimhaltung anbelangt, meine Damen und Herren, bin ich davon überzeugt, jeder Beamte seines Ministeriums wäre eine größere Garantie für die Geheimhaltung gewesen als die Anwesenheit des Ministers persönlich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch ich möchte hier für die Begnadigung von Walter Reder durch die italienische Regierung meinen Respekt zum Ausdruck bringen. Ich bekenne mich zu diesem Eintreten für die Begnadigung und zum Bemühen um Versöhnung. Wie Sie, Herr Bundeskanzler, gesagt haben, haben alle österreichischen Bundeskanzler seit Ing. Julius Raab bis zu Ihnen persönlich, bis zum Heiligen Vater und den wichtigsten Vertretern verschiedener Glaubensgemeinschaften ebenso gehandelt.

Was sollten diese Interventionen bewirken? — Eine frühere Rückkehr von Walter Reder, und es sollte ihm ermöglicht werden, seine restlichen Lebensjahre in Frieden in Österreich zu verbringen.

Ihre Vorgangsweise, Herr Bundesminister, ist auch Walter Reder in den letzten Tagen auf den Kopf gefallen.

Unsere Verantwortung, meine Damen und Herren, ergibt sich nun aus der Verpflichtung, diesen Schaden gutzumachen, und ergibt sich aus der Tatsache, daß heute nicht nur die österreichische Öffentlichkeit, sondern auch die internationale Öffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit die Debatte und die Entscheidung in diesem Parlament verfolgt. Es liegt an uns Parlamentariern, mit klaren Entscheidungen dafür zu sorgen, daß die Reputation unserer Republik nicht langanhaltenden und schweren Schaden erleidet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren von den anderen Fraktionen! In dieser Debatte von nationaler Bedeutung müssen wir der Welt und vor allem den österreichischen Bürgern, der österreichischen Jugend beweisen, daß dies hier ein lebendiger Parlamentarismus ist, daß hier die österreichischen Parlamentarier aus eigenem handeln können, wo die Regierung nicht handelt, und daß das Parlament in der Lage ist, dort durch politische Konsequenzen

Dr. Mock

zu korrigieren, wo bei völlig gegensätzlicher Auffassung in der Bundesregierung die Solidarität der Regierung nur zwecks Erhaltung der Macht durch ein Mehrheitsvotum bestätigt werden soll. Das ist unsere Aufgabe, und das wird auch in einem hohen Ausmaß das Ansehen des österreichischen Parlamentarismus bestimmen.

Man kann in dieser Frage keinen Debattenbeitrag leisten, ohne die historische Perspektive einzubeziehen. Das österreichische Volk und die österreichische Nation sind in diesem Jahrhundert wie wenige andere europäische Länder von besonderen Prüfungen heimgesucht worden. Nationale und soziale Gegensätze vor dem Ersten Weltkrieg, Bürgerkrieg in der Zwischenkriegszeit, Auslöschung unseres Staates durch den Nationalsozialismus und 1945, ein Jahr zwar der Befreiung, aber nicht der endgültigen Befreiung. Diese leidvollen Phasen unserer Geschichte, meine Damen und Herren, waren oft Folgen einer Gesinnung des Hasses und des einseitigen Fanatismus gewesen. Die große politische, ja kulturelle Leistung unseres Volkes bestand darin, daß wir alle miteinander aus all diesen Ereignissen gelernt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die große Dichterin Ingeborg Bachmann hat einmal festgestellt: „Die Geschichte lehrt dauernd, aber sie findet keine Schüler.“

Wir können in allen Fraktionen hier mit Stolz sagen, daß wir als Volk aus dieser Geschichte gelernt haben; und das sollten wir in einem Jahr betonen, in dem wir besonders die Wiedererrichtung der Republik und den österreichischen Staatsvertrag feiern. Wir können, was immer die Mängel unserer Demokratie sind, auf eine arbeitsfähige und leistungsfähige Demokratie und auf ein hohes Maß an sozialer Gesprächs- und Kompromißbereitschaft stolz sein, um die uns viele Länder beneiden.

Mir liegt daran, das zu unterstreichen und mit Dank gegenüber all jenen Männern und Frauen zu verbinden, die diese Versöhnung über die Gräben und Gräber der Bürgerkriegszeit und auch der Zeit vor 1945 bewerkstelligt haben. Ich möchte für viele in allen Fraktionen für meinen Teil Alfons Gorbach nennen.

Darauf können wir, meine Damen und Herren, stolz sein, und es wäre zutiefst beschämend, wenn hier heute einer versuchen würde, dem anderen mangelnde Gesinnung

zu unterstellen oder in der Vergangenheit mit gegenseitigen Vorwürfen herumzuwühlen.

Herr Klubobmann! Ich bin sehr bemüht um eine würdige Debatte bei aller gegensätzlicher Auffassung, ein bißchen anders, als es Ihr Chefredakteur in der heutigen Nummer der „Arbeiter-Zeitung“ anstrebt.

Nicht nur die geschichtliche Erfahrung hat diesen Weg der Versöhnung bestätigt, sondern ich bin auch davon überzeugt, meine Damen und Herren, daß nach den furchtbaren Zerstörungen, nach dem Blutvergießen nach dem Zweiten Weltkrieg und nach Strafe und Sühne auch Schlußstriche gezogen werden mußten. Ich möchte das auch hier sehr betonen.

Ich frage mich nun, meine Damen und Herren: Wie kommen wir alle miteinander heute dazu, uns neuerdings durch die eine oder andere Aussage im In- und im Ausland als Wiege für nationalsozialistisches Gedankengut attackieren zu lassen, nur weil ein österreichischer Bundesminister durch einen schweren politischen Fehler den humanitären Akt Italiens, das humanitäre Bemühen vieler Österreicher geradezu ins Gegenteil verkehrt hat? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Versöhnungsprozeß in Österreich war stets auf ein glaubwürdiges Fundament gestützt, nämlich die klare und gemeinsame Distanzierung aller Demokraten vom Nationalsozialismus. Das war ein prägendes Element des Wiederaufbaues der Zweiten Republik.

Umso mehr ist es zu bedauern, wenn einem österreichischen Regierungsmitglied — gerade in diesem Jahr des Gedenkens — die Sensibilität für die Geschichte unseres Landes so weit fehlt, daß die Schatten der Vergangenheit uns neuerdings erreichen. Es ist die Aufgabe dieses Parlaments, meine Damen und Herren, dafür zu sorgen, daß aus einem Akt der Humanität durch das Fehlverhalten des Verteidigungsministers nicht ein dauernder Schaden für Österreich wird. Und dafür gibt es nur eine glaubwürdige Maßnahme: den Rücktritt des Verteidigungsministers, und dem dient auch die Stellung eines Mißtrauensantrages. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich frage mich: Was ist denn überhaupt noch für den Rücktritt eines Ministers in diesem Land nötig?

Parlamentarier aller drei Fraktionen haben die Vorgangsweise von Dr. Frischenschlager heftig kritisiert:

6970

Nationalrat XVI. GP — 78. Sitzung — 1. Feber 1985

Dr. Mock

Die stellvertretende Vorsitzende der SPÖ, Offenbeck, sagte: Frischenschlager hat dem Ansehen Österreichs im Ausland schwer geschadet, er soll die Konsequenzen ziehen und zurücktreten.

Der sozialistische Abgeordnete Schranz sagte es noch klarer: Das ist eine provokante politische Demonstration.

Die freiheitliche Sozialsprecherin Partik-Pablé findet das unbegreiflich.

Der Wiener Bürgermeister Dr. Zilk befürchtet: Wir werden lange brauchen, um diesen Vorfall wieder zu reparieren.

Der sozialistische Finanzminister spricht von einer tiefen Betroffenheit.

Der ehemalige Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky nennt das Verhalten des Ministers dumm und töricht, er sagt aber gleichzeitig: Er muß bleiben!, und kritisiert den Außenminister, mit dessen Verhalten sich Botschafter Steiner beschäftigen wird.

Und nun, Herr Bundeskanzler, sagen Sie persönlich — das haben Sie sich sicher wiederholt überlegt —, daß es ein schwerer politischer Fehler war, und Sie mußten sich für Ihren Landesverteidigungsminister vor aller Öffentlichkeit entschuldigen.

Mir ist bewußt, Herr Bundeskanzler, daß solch eine Feststellung und auch die Lösung eines solchen Problems für einen Regierungschef nicht leicht ist, aber müßte sich nicht bei der Abwägung der Interessen die Waage auf jene Seite senken, auf der die Interessen unserer demokratischen Republik, unseres Volkes liegen, und nicht auf jene, auf der es um die Interessen der Partei oder einer Koalition geht? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die massive Kritik aus den Reihen aller Fraktionen, aus den Reihen der Regierung wurde durch offizielle Stellungnahmen der sozialistischen Parteizeitungen unterstützt. Manfred Scheuch schreibt in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 25. Jänner unter anderem folgendes: „Der Verteidigungsminister hat es leider fertiggebracht, die Heimkehr des begnadigten Kriegsverbrechers so zu gestalten, daß sie ... von allen demokratisch Empfindenden in Österreich als Affront betrachtet werden muß.“

Meine Damen und Herren! Was ich besonders hervorstreichen möchte, ist: Die heftigen Reaktionen der höchsten Vertreter des öster-

reichischen Bundesheeres bewiesen, mit welchem Entsetzen das Heer auf die Schädigung seines Ansehens reagiert hat. Das österreichische Bundesheer hat sich nie als Traditionsträger der Wehrmacht und schon gar nicht der SS verstanden. Die Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, sollten Sie selbst, Herr Dr. Frischenschlager, ziehen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Ich appelliere an Sie: Für eine Panne, für eine Unhöflichkeit, für eine Grobheit, für einen Ausrutscher entschuldigt man sich. Für einen schweren politischen Fehler tritt man als Regierungsmitglied zurück! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu diesem Zeitpunkt, Herr Bundeskanzler, zu dem Sie erklärt haben: Der Verteidigungsminister hat einen schweren politischen Fehler gemacht! bezeichnet der freiheitliche Landesrat Jörg Haider die Haltung seines Parteifreundes als vorbildlich, beschließt das Salzburger FPÖ-Präsidium, die Vorgangsweise des Landesverteidigungsministers voll und ganz zu unterstützen. Die Solidaritätskundgebungen der FPÖ werden aber völlig unverständlich und fordern schärfste Kritik heraus durch die Feststellung des Dritten Präsidenten des Nationalrates Dr. Stix, er hätte das auch getan.

Herr Präsident! Bei allem Respekt vor Ihrer Person und Ihrem Amt muß ich an Sie die Frage stellen: Warum bekennen Sie sich zu einer Vorgangsweise, die unser Ansehen im In- und im Ausland schädigt, für die sich der Landesverteidigungsminister entschuldigt und die der Bundeskanzler als schweren politischen Fehler bezeichnet?

Meine Damen und Herren! Ich erspare es mir hier, die internationalen Stimmen dazu zu zitieren, die sich auch in den österreichischen Zeitungen fanden. Vielleicht nur ein Beispiel.

Wie kommt das österreichische Volk dazu — bei allem Respekt vor jedem Parlamentarier —, in einer international renommierten amerikanischen Publikation, dem „Christian Science Monitor“, eine Darstellung lesen zu müssen, die folgendermaßen lautet:

„So eine Geste wäre in Westdeutschland undenkbar und hätte gewiß zum Rücktritt eines jeden Ministers geführt. Österreich allerdings, das seine Beteiligung an Hitlers berüchtigter SS übertünchen will, zog es vor, es mehr als Opfer denn als Komplize für Hitlers Aggression zu betrachten. Es gibt dort

Dr. Mock

keine ähnliche Abscheu gegenüber den Nazis.“ — Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren! Dieses Land war auch international anerkannt das erste Opfer des Nationalsozialismus. Dieses Land hat ungeheure Opfer für seine Befreiung gebracht, und die Leiden und die Toten in den Konzentrationslagern sind nur der schmerzlichste und größte Beitrag gewesen. Ich weise daher solche Beschuldigungen zurück, sehe aber nicht ein, warum ein Mann — aus welchen Gründen immer — trotz der Verantwortung, die er trägt, für eine solche Bewertung Österreichs nicht bereit ist, gegenüber dieser massiven Kritik aus dem Lager seines Regierungspartners sowie aus der Öffentlichkeit die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Welch eine groteske Situation ist das: Der Verteidigungsminister entschuldigt sich bei Ihnen als dem Regierungschef in aller Form für seine Handlungen, die von seiner eigenen Partei als beispielhaft dargestellt und voll und ganz unterstützt werden. Sie, Herr Bundeskanzler, entschuldigen sich vor aller Welt für einen Verteidigungsminister, um ihn andererseits durch Ihre eigene Rücktrittsdrohung im Amt zu halten. Allein steht Minister Frischenschlager mit seiner Entschuldigung in seiner Partei, und Sie, Herr Bundeskanzler, stehen in einem hohen Ausmaß mit Ihrem Festhalten an Minister Frischenschlager als Chef des Verteidigungsressorts allein.

Herr Bundeskanzler! Sie können doch nicht allen Ernstes annehmen, daß angesichts der anderen großen Probleme unseres Landes hier noch die notwendige Arbeitsfähigkeit der Bundesregierung gegeben ist.

De facto, Herr Bundeskanzler, ist es ja so, daß die Freiheitliche Partei durch die vollinhaltliche Billigung der Vorgangsweise des Verteidigungsministers Sie, der Sie die gleiche Vorgangsweise als schweren politischen Fehler bezeichnet haben, glatt desavouiert hat. Sie wissen genau, wie diese Vorgangsweise von Ihren Parteifreunden beurteilt wird, und dennoch zwingen Sie Ihre Abgeordneten heute dazu, sich mit jenen zu solidarisieren, die dieser Vorgangsweise von Dr. Frischenschlager Beifall geklatscht und ihn voll und ganz unterstützt haben.

Ist Ihnen nicht aufgefallen, Herr Bundeskanzler, daß durch diese Haltung der Freiheitlichen Partei die Vorgangsweise von Dr. Frischenschlager zu einer grundsätzlichen Hal-

tung Ihres Koalitionspartners geworden ist? Diesen politischen Aspekt haben Sie in Ihrem Bericht überhaupt nicht behandelt.

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Wir haben Ihnen in heftigen Debatten sicherlich oft vorgeworfen und auch durch Zitate belegt, daß für viele Sozialisten die Partei das Wichtigste ist und daß die Interessen der Partei über den Interessen des Staates stehen. Das waren heftige politische Diskussionen.

Heute glaube ich, meine Damen und Herren, daß der Rücktritt des Landesverteidigungsministers und Ihre Entscheidung für diesen Rücktritt im Interesse der Demokraten aus allen Fraktionen, aber auch im Interesse Ihrer Geschichte und Ihrer gegenwärtigen Verantwortung liegt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister Frischenschlager! Trotz substantieller politischer Differenzen sage ich hier, daß Sie in den Monaten seit Ihrem Amtsantritt um das Bild eines aufrechten und demokratischen Politikers bemüht waren. Sie sind heute zu einer Belastung für die Regierung geworden. Das müßte vor allem die Sorge des Bundeskanzlers sein. Sie sind heute zu einer Belastung für das österreichische Bundesheer geworden. Und Sie sind heute zu einer Belastung für das politische Ansehen unseres Landes in der Welt geworden.

Sie haben einen schweren Fehler gemacht, und die Haltung Ihrer Partei und der gefesselte Bundeskanzler legen die Entscheidung, diesen Schaden zu reparieren, in Ihre Hände zurück. Leisten Sie unserem Land einen Dienst, indem Sie die verbleibenden Stunden nützen, um durch Ihren Rücktritt, auch durch Ihren Rücktritt zu beweisen, daß es Ihnen mit Ihrem Bekenntnis zu Österreich, zu seinem Ansehen und zum Ansehen des Bundesheeres ernst ist! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich stelle am Beginn dieser Debatte zusammenfassend ein hohes Maß an Gemeinsamkeit in der Beurteilung der Vorgangsweise von Bundesminister Frischenschlager fest. Ich betone, daß sich Vertreter aus allen demokratischen Parteien für eine Begnadigung Walter Reders eingesetzt haben. Wir alle, glaube ich, bekennen uns zu diesem humanitären Akt, und niemand will, daß durch die Erfüllung dieses Wunsches Österreichs Ansehen in der Welt leidet.

Dr. Mock

Der schwere Fehler, in Graz einen offiziellen Empfang zu bereiten, ist einbekannt worden, und die Folgen für die Reputation unseres Landes sind erkannt worden. Die Mehrheit der Abgeordneten dieses Hauses will als Konsequenz zur Wiederherstellung unserer Reputation in der Welt den Rücktritt des Ministers. Da braucht man nur verschiedene Erklärungen, vor allem von sozialistischen Abgeordneten, zu lesen.

Weil das so ist, meine Damen und Herren, wird es niemand in Österreich und wird es niemand im aufmerksamen Ausland verstehen, wenn der Nationalrat heute mit Ihrer Mehrheit den Landesverteidigungsminister hält.

Ich appelliere daher an alle Abgeordneten der Regierungsfraktion und vor allem an die Damen und Herren der SPÖ: Folgen Sie Ihrem Gewissen! Lassen Sie nicht zu, daß die gewählten Vertreter des österreichischen Volkes einem Minister das Vertrauen aussprechen, der der Republik schweren Schaden zugefügt hat, der nach den Worten des Bundeskanzlers einen schweren Fehler begangen hat, der aber nicht bereit ist, die demokratischen Konsequenzen daraus zu ziehen! (*Starker Beifall bei der ÖVP.*) 12.44

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Wille.

12.44

Abgeordneter Wille (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe in meiner ersten Wortmeldung als Klubobmann Karl Popper zitiert über die Thesen zur Berufsethik und habe damals gesagt, daß in der These 10 Popper die Auffassung vertritt: „Wir müssen uns klar werden, daß wir andere Menschen zur Entdeckung und Korrektur von Fehlern brauchen und sie uns, insbesondere auch Menschen, die mit anderen Ideen und anderen Atmosphären aufgewachsen sind.“

Ich glaube, daß gerade die gegenwärtige Spannung, die zwischen den Fraktionen und unter den Fraktionen besteht, sehr deutlich zeigt, daß diese Erfahrungen, die hier verlangt werden, von uns immer noch nicht voll bewältigt worden sind und auch vom Verteidigungsminister nicht gesehen wurden.

In der 12. These verlangt Popper: „Rationale Kritik muß immer spezifisch sein. Sie muß spezifische Gründe angeben, warum spezifische Aussagen und spezifische Argumente unrichtig sind.“

Und da, Kollege Mock, möchte ich Ihnen zwar vorerst danken für die Bemühung, unsere Diskussion sehr sachlich zu führen. Wir werden uns in der gleichen Weise bemühen. Ich muß aber dazusagen zu den spezifischen Gründen, die eine spezifische Kritik erlauben, daß Sie einmal in Ihrer Rede von einem „Empfang“ durch den Verteidigungsminister geredet haben, daß Sie einmal von einem „quasi offiziellen Empfang“ geredet und schließlich das letzte Mal von einem „offiziellen Empfang“.

Was uns trennt in der Auseinandersetzung, ist nichts anderes als die Tatsache: Es hat einen Händedruck gegeben. Ein Verteidigungsminister ist einem begnadeten Verbrecher entgegengegangen... (*Rufe: Begnadigt!*) Er ist einem entlassenen Verbrecher entgegengegangen, nachdem es Dutzende Gnadengesuche des offiziellen Österreich gegeben hat, aber er hat keinen „Empfang“, er hat keinen „quasi offiziellen Empfang“ und schon gar nicht einen „offiziellen Empfang“ veranstaltet.

Warum sich heute — und mir ist das anders nicht erklärlich — so viele Menschen im In- und Ausland empören über diesen Vorgang, der bei uns rein technisch gesehen worden ist — das war eine technische Aufgabe, bei der ein schwerer Fehler passiert ist —, daß der eine derartige Emotion loslösen kann, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß in der Öffentlichkeit sofort propagiert worden ist, es wäre quasi ein Empfang oder ein offizieller Empfang einem zurückgekommenen Kriegsverbrecher bereitet worden. Und da liegen eben Welten dazwischen, zwischen dem, was geschehen ist, und dem, was behauptet wird.

Ich möchte auch in aller Deutlichkeit feststellen, daß wir in den jahrelangen harten Auseinandersetzungen, die wir in diesem Hohen Haus geführt haben, nie mehr daran gezweifelt haben in den letzten Jahren, daß es sich hier um demokratische Parteien handelt, die alle miteinander auf dem Boden unseres Rechtsstaates stehen. Nur habe ich geglaubt, daß wir auch in einem stärkeren Maße die Vergangenheit bewältigt haben. Und ich werde dann noch versuchen, etwas riskant ein Problem aufzuzeigen, von dem ich glaube, daß wir alle miteinander im Widerspruch dazu leben, nicht nur Ihre Fraktion, vielleicht auch unsere.

Aber glauben Sie uns: Uns war in dieser Entscheidung, wenn wir Ihren Antrag ablehnen werden, nicht einfach die Macht wichtiger als der Staat, sondern natürlich mußten

Wille

wir auch sehen, nachdem Sie unsere Emotionen, unsere Widerstände gegen diesen Vorgang gesehen und gespürt haben, daß Sie als Opposition ja geradezu provoziert sind, auch diesen Widerstand und diese Opposition von unserer Seite aufzunehmen und in Ihre Überlegungen miteinzubeziehen — dafür größtes Verständnis.

Wenn aber der Bundeskanzler in einer so eindeutigen Weise feststellt, es handle sich um einen schweren politischen Fehler, und der Verteidigungsminister bereit ist, in einer klaren Erklärung zu sagen, wo er steht, dann nehmen wir das hin. Und ich habe eben schon geäußert: Wir nehmen es vor allem dann lieber hin, wenn wir wissen, daß das ein Mann sagt, der uns in den letzten Jahren bewiesen hat, daß wir an seiner Gesinnung nicht zweifeln sollen und nicht zweifeln können.

Würden wir seine Entschuldigung nicht akzeptieren, müßten wir unterstellen, in seiner Aktion waren Sympathien sichtbar mit dem Faschismus oder mit den Kriegsverbrechen. Das wäre eine so schwerwiegende Verdächtigung, daß wir sie einfach nicht vermuten können, daß wir sie einfach nicht annehmen können.

Deswegen sind wir der Meinung, daß wir trotz all dieser Bedenken, die auch in unseren Reihen da waren, der Auffassung sein können, daß es Frischenschlager ehrlich meint und daß er in der Regierung seine Politik, die in vieler Hinsicht in den letzten Jahren beispielhaft war, wird fortsetzen können.

Ich habe bereits auf den Widerspruch Empfang und den Widerspruch Handschlag oder Händedruck hingewiesen. Ich möchte vielleicht zur technischen Erläuterung, weil nämlich der Eindruck entstanden ist, daß Beamte für die Geheimhaltung besser gewesen wären, nur noch sagen: Das Verteidigungsministerium ist in die Überlegung überhaupt nur miteinbezogen worden, weil es darum ging, einen Heeresflughafen, ein Heeresflugzeug zu finden und schließlich eine Heeresunterkunft.

Als sich herausstellte, daß nur bei militärischen Flügen alle Insassen den Luftfahrtbehörden namentlich zu melden sind, war das Ministerium, waren die Berater des Ministers und schließlich der Minister selbst der Auffassung, daß der Ministerflug die Geheimhaltung garantiert.

Das war der wahre Grund und das waren die wahren Überlegungen, zu denen wir eben

sagen müssen, daß das technische Vorgänge waren.

Schließlich hat Frischenschlager unterstellen oder annehmen müssen — nachdem von uns verlangt worden ist, daß wir diese Aktionen bis 19.15 Uhr deswegen zu organisieren haben, damit bis 19.15 Uhr Stillschweigen in der Öffentlichkeit gewahrt wird, damit Demonstrationen da oder dort nicht durchgeführt werden können —, daß die Öffentlichkeit von dieser ganzen Aktion gar nicht Notiz nehmen kann.

Die Indiskretion kam nicht von uns, sie kam von außen. Wenn Frischenschlager dann quasi dort ist, wo er sein soll, und bereits von Journalisten und von Medien empfangen wird, dann ist es ganz offensichtlich, daß eine derartige Aktion nicht mehr richtig funktionieren kann. Lassen Sie mich ganz kurz zurückkommen auf die — ich glaube — rund 60 Interventionen in 34 Jahren.

Niemand von uns hat das Recht, aber auch niemand von uns hat die Absicht, Verbrechen, Kriegsverbrechen, wo immer sie begangen worden sind, zu verharmlosen, zu verniedlichen oder gar zu verdrängen oder zu vergessen. Aber wir müssen uns eben doch vergegenwärtigen, daß es einen tieferen Sinn haben muß, wenn von 1951 angefangen bis 1985 alle Kanzler, die Bundespräsidenten, die Bischöfe, der Erzbischof, der Kardinal, um Gnade bitten. 34 Jahre lang!

Daß das dann letztlich einem jungen Menschen, der zu der Zeit, als diese Interventionen schon von allen Seiten vorgetragen wurden, noch in der Volksschule saß und lesen und schreiben gelernt hat, eben auch ein anderes Bild vermittelt als denen, die diese Problematik insgesamt überblicken, ist klar.

Aber unter denen, die für Reder interveniert haben, waren viele Funktionäre, staatliche Funktionäre, die zutiefst in das Elend des Faschismus integriert waren und vom Faschismus in dieses Elend hineingezogen wurden, und sie haben trotzdem Gnade erbeten. 34 Jahre nach der ersten Intervention wurde diese Gnade dann schließlich wahr.

Wenn aber beispielsweise in verschiedenen Briefen — und wenn ich Ratzenböck sage, dann will ich damit nicht sagen, daß einer von uns das möglicherweise anders geschrieben hätte — zum Jahreswechsel die aufrichtigsten Glück- und Segenswünsche übermittelt werden oder wenn ein italienischer Erzbischof sagt, er bitte um Gnade, damit wir in diesem

6974

Nationalrat XVI. GP — 78. Sitzung — 1. Feber 1985

Wille

Jahr sorgenfreier Weihnachten feiern können, dann, glaube ich, will man wirklich Gnade haben.

Da auch Europaratsabgeordnete den Rücktritt des Verteidigungsministers verlangt haben, meine ich, daß wir in vielen Fragen noch nicht schlüssig geworden sind.

Wir alle wissen, welche Schwierigkeiten wir mit der Todesstrafe haben. Wir alle sind Gegner der Todesstrafe, aber die Todesstrafe ist noch immer nicht in allen Kreisen der Bevölkerung voll verarbeitet.

Nun verlangt der Europarat nicht nur, daß die Todesstrafe in allen Ländern beseitigt wird, sondern er verlangt von den Regierungen auch, daß sie eine lebenslängliche Strafe bereits nach 8 bis 14 Jahren einer Revision unterziehen.

In der Resolution 76 des Ministerrates über die Behandlung von Langzeitgefangenen fordert das Ministerkomitee die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, daß eine lebenslängliche Strafe einer Revision unterzogen wird, und zwar spätestens 8 bis 14 Jahre nach der Festnahme. Was kann denn das heißen? Auch wenn die Nationen beschließen, daß der, der zu lebenslänglichem Kerker verurteilt wird, nach 30, nach 35, nach 25 oder nach 40 Jahren begnadigt werden soll, wer hat dann den Mut und wer hat das Recht, diesem Begnadigten oder dem Haftentlassenen entgegenzugehen und ihm die Hand zu geben?

Kann es Gnade sein, die wir alle verlangen, die einen als Christen, die anderen als Humanisten? Kann es Gnade sein, daß eines Tages ein Verbrecher begnadigt oder entlassen wird, und dann findet sich keiner, der die Möglichkeit hat, ihm die Hand zu geben?

Wir sollten darüber nachdenken. Ich weiß, wie stark und emotional dieses Thema besetzt ist. Gustav Heinemann, der deutsche Bundespräsident, hat eines Tages gesagt:

„Es muß aufhören, daß sich unsere Wohlstandsgesellschaft in die Gerechten und die Gerichteten teilt.“ Er wird sich dabei sehr ernste Gedanken gemacht haben.

Ich meine, auch wenn an unserer Gesinnung kein Zweifel aufkommen darf, wenn unsere Gesinnung hinsichtlich der Grundwerte der Freiheit und der Demokratie unstritten ist, gibt es eben auch Grundwerte der

Humanität, die wir in diesem Zusammenhang auch überlegen sollten.

Schließlich wurde gefragt: Ist diese Koalition arbeitsfähig? Wird diese Koalition in der Lage sein, die noch offenen Aufgaben zu lösen?

Dazu möchte ich sagen, daß wir heute schon nach zwei Jahren nachweisen und belegen könnten, daß wir einen sehr wesentlichen Teil der Regierungserklärung bereits bewältigt haben, und ich hoffe, daß die offenen Fragen in eben solcher Weise bewältigt werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt ist günstig, wir haben den sozialen Frieden im Land, wir haben sehr viel getan in der Umweltpolitik. Wir haben die Sozialversicherung einer Reform unterzogen, und wir sind dabei, die Budgetkonsolidierung kräftig voranzutreiben. Eine der ganz großen Aufgaben für uns alle wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Friedenspolitik für uns alle im Vordergrund steht. Wenn die Kriegsmaschinerie irgendwo und wann immer wieder in Betrieb genommen wird, dann werden garantiert auch wieder die Frauen, die Kinder und die Greise darunter zu leiden haben.

Ich glaube also, daß wir die letzten 40 Jahre gemeinsam bewältigt haben und daß wir die Zukunft in der gleichen Weise bewältigen sollten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 13.00

Präsident: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Steger.

13.01

Abgeordneter Dr. Steger (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Debatte wie diese birgt viele Gefahren. Mißverständnisse liegen in der Luft, Vorwürfe sind schneller zur Hand als Zukunftsaussagen. Ich sehe aber gerade in dieser Sitzung auch eine neue Chance; eine neue Chance für das Regierungsbündnis, aber auch für Österreich. Doch dazu später.

Ich habe nicht sosehr vor, mich mit den Details des Vorgefallenen näher zu beschäftigen, denn das alles ist auf Grund des Berichtes, den der Herr Verteidigungsminister dem Herrn Bundeskanzler erstattet hat, sowie auf Grund der heutigen Erklärung des Herrn Bundeskanzlers hinlänglich bekannt geworden.

Worum es mir — und sicher nicht nur mir — hier und heute in allererster Linie geht, sind die grundsätzlichen Aspekte all dessen,

Dr. Steger

was sich rund um die vorzeitige Entlassung und Überstellung Walter Reders nach Österreich zugetragen hat. Lassen Sie mich eines gleich vorausschicken und damit auch aus freiheitlicher Sicht unmißverständlich klarstellen:

Dieser Fall hat eine Dimension angenommen, die wir alle gar nicht ernst genug nehmen können. Wer hier bagatellisieren wollte, der würde sich moralisch disqualifizieren. Damit habe ich wohl deutlich genug den Standort bestimmt, von dem aus ich mir das Recht zu einer Feststellung nehme: Das, was die Österreichische Volkspartei aus einer Fehleinschätzung, aus einem erstmaligen, unbestreitbar ganz und gar vereinzelter Fehler des Verteidigungsministers im wahrsten Sinne des Wortes gemacht hat, zeigt in seiner Verzerrtheit die Handschrift der Opposition.

Aber ohne Zweifel ist bei der Fehleinschätzung, die mein Freund Frischenschlager unumwunden zugegeben und dem Herrn Bundeskanzler gegenüber ebenso wie gegenüber der Öffentlichkeit ausdrücklich bedauert hat, Gravierendes außer Betracht geblieben. So wurde unter anderem außer acht gelassen die — im Rückblick sagt dies der Verteidigungsminister ja selbst — naheliegende Möglichkeit des Mißverständnisses und damit der Verletzung von Gefühlen, denen wir jeden Respekt und jede Achtung schulden; aber auch die Möglichkeit einer selbstverständlich nicht beabsichtigten irreführenden Optik.

Und noch etwas blieb in dieser falschen Einschätzung eben völlig unberücksichtigt: die Gefahr einer absichtlichen Fehldeutung, eben die Gefahr einer mit Vorbedacht herbeigeführten politischen Verdrehung. Es wird mir nicht erspart bleiben, darauf noch zurückzukommen. Im Augenblick möchte ich noch bei der Frage Fehleinschätzung verweilen.

Man bliebe sicher zu sehr an der Oberfläche, wollte man statt von der Ursache nur noch von der Wirkung sprechen. Nach einem sehr langen Gespräch mit Dr. Frischenschlager, bei dem wir beide zu ein und demselben Ergebnis gelangt sind, möchte ich Ihnen sagen, was aus unserer heutigen Sicht ein besonders gravierender Punkt in der Fehleinschätzung des Verteidigungsministers war.

Es war eine falsche Einschätzung, zu glauben, daß dann, wenn man sich selbst unbefangen weiß, Behutsamkeit des Vorgehens nicht mehr ganz so wichtig ist. Auch der Unbefangenheit von uns Jüngeren, die wir heute um die 40 oder noch jünger sind, sind Grenzen

gesetzt, und zwar auch dann, wenn sich diese Unbefangenheit auf guten Willen und lauterste Absicht gründet. Diese Grenzen, die ich meine, fordert der Respekt vor den Gefühlen jener, die unter Diktatur, Krieg und Kriegsverbrechen selbst zu leiden hatten und darüber hinaus Zeugen all dessen waren, was damals geschehen ist.

Und ein Freiheitlicher wird ein Verbrechen immer als das sehen, was es ist, egal in welchem Regime es passierte, egal in welcher Zeit es erfolgte. Ein Freiheitlicher wird daher auch die Verbrechen der NS-Zeit nie wegleugnen, verkleinern oder relativieren. Nur wer diese unfassbaren Ereignisse der Vergangenheit vor 1945 kennt, kann jene Politik machen, die die Ursachen verhindert, aus denen Faschismus wieder entstehen könnte. Denn wenn er wiederkommt, dann nicht im selben Kleid.

Die Unbefangenheit der Jüngeren, die all das nicht erlebt haben, hat aber auch eine mehr als positive Seite. Diese Unbefangenheit kann ohne Falschheit oder Verschweigen die Versöhnung erleichtern und den Brückenschlag begünstigen. Gerade unser Verteidigungsminister steht für diesen versöhnenden Brückenschlag. Er hat ja darüber in Mauthausen und im Karl Marx-Hof beeindruckende Signale gesetzt.

Diese Unbefangenheit der Jüngeren, schon wegen ihrer Jugend damals weder unschuldig noch schuldhaft verstrickt, hat aber — und mir ist es sehr ernst mit dieser Betrachtung — offenbar auch eine andere Seite. Diese Unbefangenheit bewirkt Sinne, die vielleicht nicht mehr so geschärft sind für das, was den Gefühlen der Älteren, derjenigen, die dabei waren, die es erlebt und erlitten haben, zuge-
mutet werden kann!

Wir Jüngeren können und sollen uns um den Brückenschlag bemühen, aber wir dürfen eines nie vergessen: Nicht wir haben zu verzeihen, nicht wir haben zu vergessen. Das zu tun oder auch zu verweigern, ist einzig und allein das Recht der damals vom Schicksal Getroffenen und ihrer Angehörigen.

Daß guter Wille und lauterste Absicht allein noch nicht genügen, daß Respekt, Rücksichtnahme, Sensibilität und Behutsamkeit dazukommen müssen, das ist für mich — und wahrscheinlich für alle aus jüngeren Generationen — eine wichtige und sehr ernst zu nehmende Lehre aus dem Fall, der das Parlament heute beschäftigt.

Dr. Steger

Der diesem Fall zugrundeliegende Sachverhalt besteht, kurz gesagt, darin, daß der Bundesminister für Landesverteidigung die Überstellung Walter Reders persönlich durchgeführt hat, weil er — ich sage es zum letzten Mal: in Fehleinschätzung der möglichen Folgewirkungen — glaubte, die italienischerseits damit verknüpften Auflagen, vor allen auch jene der raschen Durchführung und Geheimhaltung, auf diese Weise bestmöglich erfüllen zu können.

Alles übrige, was sich darum herumrankt, sind Mißverständnisse, und zwar zu einem erheblichen Teil echte und ernsthafte Mißverständnisse, die wir umsomehr zu bedauern haben. Sie sind darüber hinaus teilweise auch Mißverständnisse und Fehlinterpretationen, hinter denen eindeutig politische Absicht steht.

Verteidigungsminister Dr. Frischenschlager wider besseres Wissen zu unterstellen, er hätte Walter Reder tatsächlich einen regierungsoffiziellen oder militärischen Empfang bereitet, er hätte — so Dr. Busek im ÖVP-Pressedienst vom 25. Jänner 1985 — Reder feierlich „eingeholt“ und damit etwas getan, was — ich zitiere — „demokratiefeindlich“ ist, er hätte versucht — so Dr. Graff im ÖVP-Pressedienst vom 29. Jänner 1985 — „aus einem Akt der Humanität politisches Kapital zu schlagen“, und dergleichen mehr, ihm solches wider besseres Wissens zu unterstellen, ist eine Entgleisung, die ich für die Freiheitliche Partei mit Nachdruck zurückweise.

Und daraus den Schluß zu ziehen, ausgerechnet jener Verteidigungsminister, der sich wie kaum einer seiner Vorgänger und mit großem Erfolg um den gesellschaftspolitischen Stellenwert des Bundesheeres — im besonderen bei der Jugend — bemüht hat, hätte — ich zitiere — „dem demokratischen Heer der Zweiten Republik schweren Schaden zugefügt“ — so Dr. Graff ebenfalls am 29. Jänner 1985 —, ist schlicht und einfach politische Diffamierung! Wir Freiheitlichen weisen diese und alle anderen ÖVP-Vorwürfe mit Empörung zurück!

Es ist ein allzu durchsichtiges und unwürdiges Spiel, wenn in den letzten Tagen versucht wurde, der Freiheitlichen Partei verkappte Sympathien für eine Vergangenheit anzudichten, die in der historischen Tradition unserer Partei keinen Platz hat. Selbstachtung verbietet es uns Freiheitlichen, uns auf die Ebene einer derartigen Kontroverse zu begeben.

Als Liberaler, dessen Bekenntnis zu Öster-

reich, zu Demokratie und Rechtsstaat über jeden Zweifel erhaben ist, habe ich es auch im Namen meiner Partei nicht nötig, mit langen Erklärungen in die Defensive zu gehen. Wir nehmen für uns in Anspruch, genauso gute Österreicher zu sein wie alle anderen, und wir wissen, daß wir als liberale Partei in unserem Vaterland Österreich eine wichtige, ja unverzichtbare Funktion zu erfüllen haben.

Von allem, was der Begriff Faschismus meint, sind wir Freiheitlichen genauso meilenweit entfernt wie andere aufrechte Demokraten. Es gibt daher auch für uns nichts, wovon wir uns eilig-beflissen zu distanzieren brauchten.

Meine Damen und Herren! Wenn ein Minister einmal einen falschen Schritt gesetzt hat, dann wird dessen Dimension von Regierung und Opposition wohl immer sehr unterschiedlich beurteilt werden. Zu den Rechten der Opposition gehört unbestritten auch das Recht der Übertreibung. Ob man dem, was Sie von der ÖVP an die Adresse des Verteidigungsministers, an die Freiheitliche Partei Österreichs als Regierungspartei und darüber hinaus an die Adresse der ganzen Bundesregierung an Vorwürfen vom Stapel lassen, allerdings mit dem Ausdruck „Übertreibung“ noch gerecht wird, möchte ich entschieden bezweifeln. Und ob Sie von der ÖVP mit dieser Ihrer Taktik noch glaubwürdig sind, ist eine Frage, die Sie mit sich selbst auszumachen haben. (*Abg. Graf: Aber die Sie nicht stellen sollten! Glaubwürdigkeit!*)

Um es gleich zu sagen: Ich habe nicht vor, die Frage der materiellen und sozialen Absicherung Walter Reders in Diskussion zu ziehen — auch nicht um den Preis, daß es im Zusammenhang nicht zuletzt mit dieser Frage interessant wäre, die Glaubwürdigkeit der Österreichischen Volkspartei näher zu beleuchten. Wir alle — und ich bekenne mich persönlich auch heute dazu — haben uns nicht um die vorzeitige Entlassung dieses 70jährigen Mannes bemüht, damit er — nach vierzigjähriger Haft — dann in Österreich vor dem Nichts steht. Das war weder die Absicht des Herrn Bundespräsidenten oder die Absicht Kardinal Königs, noch die Absicht führender Persönlichkeiten aus allen drei Parteien, darunter die Bundeskanzler Figl, Kreisky und Sinowatz. Möge der humanitäre Aspekt, der allen Interventionen zugrunde lag, nicht bei der Beurteilung untergehen.

Ich bin mir jedenfalls darüber im klaren, daß beim Fall Reder längst die Dimensionen aus den Fugen geraten sind. Eine Ursache

Dr. Steger

wurde durch die Folgewirkungen in eine über- große Optik gerückt. Es gab Kritik — und ich sage: berechnete Kritik, wie die des Herrn Bundeskanzlers, und es gab Kritik, hinter der der Wunsch erkennbar war, aus der Sache politisches Kapital zu schlagen.

Daß das auch Solidarisierungseffekte gezeigt hat, darf nicht verwundern. Wenn wir Freiheitlichen uns hinter Minister Frischenschlager gestellt haben, dann war diese Solidarität — wie könnte es anders sein — sicher auch emotional von den großen Sympathien zu unserem freiheitlichen Minister Frischenschlager getragen. Was immer von freiheitlicher Seite dazu ausgesagt wurde, dahinter stand die Überzeugung, daß so viel jedenfalls über jeden Zweifel erhaben bleiben muß: die demokratische Lauterkeit unseres Freundes Frischenschlager als wesentlicher Bestandteil seiner Ehre und seiner politischen Achtbarkeit. Es ist nur natürlich, daß er mehr und länger über den Fall nachgedacht hat, als viele von uns das getan haben. Aber jeder von uns Freiheitlichen ist bereit, das Ergebnis dieses Nachdenkens zu respektieren und die Erklärung des Herrn Verteidigungsministers zu akzeptieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt noch ein besseres Beispiel, um die Glaubwürdigkeit der ÖVP zu beleuchten, und zwar anhand von drei Stellungnahmen ihres Bundesparteibeamten Dr. Mock zur Nachricht über den Hergang der Haftentlassung und Überstellung Walter Reders:

So sagte Dr. Mock am 24. Jänner 1985 um 18 Uhr: „Ich bin äußerst überrascht, werde es aber nicht in den politischen Streit ziehen.“ (*Abg. Dr. Mock: Habe ich auch nicht!*)

Dann Dr. Mock, zirka eine Stunde später, in einer Presseaussendung: „Ich habe Verständnis für den humanitären Akt der Freilassung Reders. Aber der Verteidigungsminister hätte keine Polit-Show daraus machen sollen.“

Und Dr. Mock am 27. Jänner 1985 in einer Pressestunde des ORF: Da verlangte er bereits die Einberufung einer Sondersitzung des Nationalrates zur Abberufung des Ministers. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Was ist das für eine Taktik? Wer hat Herrn Dr. Mock wann beraten? (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Wir alle wissen es.

Es war seine eigene Ansicht, als er am 24. Jänner, um 18 Uhr, zunächst vom „politischen Streit“ nichts wissen wollte. Und wer ihn dann in der einen Stunde zwischen 18 und

19 Uhr beraten hat? — Auch das wissen wir! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Die „Salzburger Nachrichten“ haben diesen Vorgang ja mit allen Details abgedruckt. Gilt der Vorwurf: Mock spricht aus, was andere denken? Ich sage Ihnen frei heraus, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei: Ihre Taktik ist unglaublich! Sie paßt aber nahtlos in jenes Bild, das Sie der österreichischen Öffentlichkeit nunmehr bereits seit langem bieten:

Während sich der Bundesparteibeamte Dr. Mock zum Bau des Kraftwerkes Hainburg bekennt, läßt sein Stellvertreter in Wien wirkungsvoll das Nein der Volkspartei zu eben diesem Kraftwerk plakativieren.

Während der Abgeordnete König seinen Wunsch nach der Inbetriebnahme von Zwentendorf nicht verhehlt, lehnen Heinzinger, Hubinek und andere ÖVP-Politiker das Kraftwerk entschieden ab.

Während der Abgeordnete Graf eine Steuerreform propagiert, die mindestens 30 Milliarden Schilling kosten würde, verlangt die Volkspartei gleichzeitig Mehrausgaben aus dem Budget und einen Abbau der Schulen.

Wen wundert es da noch, daß die Volkspartei auch im Fall Reder die gleichzeitige Ablehnung und Zustimmung als den geraden Weg verkaufen möchte?

Umso klarer und glaubwürdiger ist Ihre Strategie, die hinter all dieser Taktik hervorleuchtet: Sie wollen endlich wieder in die Regierung. Sie wollen selbst in die Koalition. Dafür ist Ihnen kein Mittel zu schlecht und — das unterstelle ich Ihnen — kein Eintrittspreis zu hoch. Auch nicht der Preis, daß in dem Fall, der uns heute beschäftigt, noch zusätzliches Porzellan zerschlagen wurde. Eines ist doch klar: Zu den Scherben, die schon am Boden lagen, hat die Volkspartei mit beiden Händen weiteres Porzellan dazugeschmissen. Wenn die ÖVP heute den traurigen Mut aufbringt, von einem Schaden zu reden, welcher der österreichischen Demokratie zugefügt worden sei, dann für einen Teil dieses Schadens nach der Methode „Haltet den Dieb“! (*Abg. Graf: Meinen Sie den Dr. Haider?*)

Wären Sie von der Österreichischen Volkspartei hier und heute zu einer echten Diskussion bereit, zu einer Diskussion, in der es um Argumente zur echten Vergangenheitsbewältigung geht, würde ich an Sie appellie-

Dr. Steger

ren, Ihren Standpunkt noch einmal zu überdenken, den wahren Sachverhalt zur Kenntnis zu nehmen, die ehrliche Erklärung, die Minister Dr. Frischenschlager abgegeben hat, in Betracht zu ziehen. Sie könnten mit gutem Gefühl der Aufforderung des Herrn Bundeskanzlers folgen, die richtigen Relationen wieder herzustellen. Ich würde an Sie appellieren, von einem Mißtrauensantrag Abstand zu nehmen. Aber ich bin — leider! — zutiefst davon überzeugt, daß Sie in Ihrer Sehnsucht nach Ihrer eigenen Regierungsbeteiligung keinem Sachargument zugänglich sind. Wo immer Sie Rauch wittern, sind Sie mit der Ölkanne zur Stelle. Wer versucht hier, politisches Kapital herauszuschlagen?

Wir werden — ich zweifle nicht daran — heute über Ihren Mißtrauensantrag abstimmen, und ich versichere Ihnen, wir Freiheitlichen werden Ihre Stimmabgabe gegen den Verteidigungsminister richtig zu deuten wissen: als Votum für Ihren eigenen Regierungseintritt. Es wird ihn, so hoffe ich, auch diesmal nicht geben! (*Abg. Dr. Zittmayr: Ihre furchtbare Angst!*)

Kollege Dr. Fischer hat am 29. Jänner in einem Fernsehinterview zutreffend festgestellt, daß die sozialistisch-freiheitliche Koalitionsregierung bedeutend erfolgreicher arbeitet, als viele wahrhaben wollen. Er hat recht: Wir haben das Budget im Griff, und die Wirtschaft wächst: um 2,5 Prozent 1984, um 3 Prozent real 1985. Das ist die Basis, durch die die neue Umweltpolitik finanziert wird. Wir werden auch das schaffen! (*Abg. Graf: Lieb' Vaterland, magst ruhig sein, kann man nur sagen!*) Diese sozial-liberale Koalition arbeitet, auch wenn Sie es zehnmal, Herr Abgeordneter Graf, nicht wahrhaben wollen, sehr effizient und erfolgreich. Sie ist mit Erfolg dabei, die Lebensgrundlagen für morgen und damit die Zukunft unseres Landes zu sichern. (*Abg. Graf: Schämen Sie sich doch! Das ist doch lächerlich!*)

Wenn Dr. Mock in einer seiner sattsam bekannten Palaisreden Anfang 1984 prophezeite, daß diese Regierung Arbeitslosigkeit verursachen wird, die doppelt so hoch sein wird wie im Durchschnitt der westeuropäischen OECD-Staaten, so steht fest: Er hat sich geirrt! Wir haben mit 4,5 Prozent nicht einmal den halben Prozentsatz. Das ist unser Erfolg, es ist der Erfolg dieser Regierung. (*Abg. Dr. Blenk: Arme SPÖ!*)

Ich bin zutiefst davon überzeugt: Diese sozial-liberale Koalition hat eine große Aufgabe von durchaus historischer Dimension:

Die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß es in und mit Österreich weitergeht auf einem fortschrittlichen und zukunftsorientierten Kurs im Interesse aller Österreicher.

Ich habe bei meiner ersten Wahl zum Bundesparteibeamten der Freiheitlichen Partei Österreichs am 2. März 1980 in Linz erklärt — ich zitiere —: „Wir wissen um unseren Stellenwert, wir sind nicht die stärkste und auch nicht die zweitstärkste Partei. Wir wissen aber, daß es unsere Aufgabe ist, Anstoßgeber für Veränderungen im inhaltlichen Bereich und Anstoßgeber für Macht- und Strukturveränderungen zu sein.“ — Dies wollen wir mit unserer freiheitlichen Regierungsarbeit bewirken.

Zur gemeinsamen Aufgabe der beiden Koalitionsparteien gehört es aber auch, alle Versuche der Opposition abzuwehren, die österreichische Politik zu radikalisieren, den politischen Gegner verächtlich zu machen und den demokratischen Kompromiß zu verteufeln. Ich glaube zuversichtlich daran, daß die beiden Parteien, die in Österreich ein Regierungsbündnis gebildet haben, einem solchen Stil, einer solchen Vergiftung der Atmosphäre etwas Besseres entgegenzusetzen vermögen, daß sie eine zukunftsorientierte Alternative anzubieten haben und daß Sie gemeinsam dazu aufgerufen sind, den Verfall unserer demokratischen und parlamentarischen Kultur zu verhindern.

Ich glaube weiters daran, daß es eine echte gemeinsame Aufgabe der beiden Regierungsparteien ist, überlebte und verkrustete Strukturen aufzubrechen, für mehr Durchlässigkeit und Transparenz zu sorgen und unserer Demokratie Schritt für Schritt jene modernen Strukturen zu geben, für die es — bei allem, was uns unterscheidet — in den Programmen beider Koalitionsparteien einen sehr deutlichen und tragfähigen gemeinsamen Nenner gibt. Denn wie ich schon sagte: Die Freiheitliche Partei ist eine Veränderungspartei. Sie weiß, daß sie dabei schon von ihrer Größe her um den demokratischen Kompromiß und um politische Toleranz bemüht sein muß. Und sie baut auf liberalen Traditionen.

Auch die Sozialisten tragen in sich den Kern des Wissens um den ständigen Zwang zur Erneuerung der Gesellschaft. Stillstand ist dabei Rückschritt. Nur wer ständig bereit ist, Überholtes aufzuspüren und zu erneuern, entwickelt die Gesellschaft so weiter, daß sie auch den Anforderungen von morgen gewachsen ist. Totalitäre Systeme gedeihen nicht in der offenen Gesellschaft, die zur ständigen Erneuerung bereit ist. Offen und durchlässig

Dr. Steger

auch dann, wenn sich Machttträger dadurch selbst in Frage stellen.

Das ist der Geist dieses Regierungsbündnisses: Die Bereitschaft zur sozial-liberalen Veränderung im Geiste der gegenseitigen Achtung und Toleranz! Gemeinsam werden wir verkrustete Machtstrukturen überprüfen, den Rechtsstaat weiterentwickeln und neue Strömungen in der Gesellschaft offen aufgreifen und aufarbeiten. Die erfolgreiche Wirtschaftspolitik sichert dafür die notwendigen Finanzierungsgrundlagen und bietet Lebenschancen für alle.

Die Sozialdemokratie und der Liberalismus müssen diese Bereitschaft zur Veränderung ständig nachweisen. Dann ist Konservatives, dann ist Reaktionäres, dann ist vor allem aber Totalitarismus auch in Hinkunft nicht gefragt. Der Unfehlbarkeitsglaube zählt nicht zu den Grundlagen sozialdemokratischer oder liberaler Denkweise. Wir wissen um unser aller Fehlerhaftigkeit, und wir leisten es uns in diesem Wissen auch, diese Fehler offen einzubekennen — in der sicheren Erwartung, diese Fehler nicht zu wiederholen.

In diesem Sinne fordere ich Sie auf, das Einbekenntnis von Minister Frischenschlager ernst zu nehmen und den Mißtrauensantrag abzulehnen. Was als Schwächung der Regierung gedacht war, fällt so auf die Urheber zurück und kann zu einer Stärkung des Regierungsbündnisses führen. Wir Freiheitlichen sind dazu ehrlichen Herzens bereit. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)* 13.28

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Stix gemeldet.

13.28

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bitte um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit für eine ganz kurze tatsächliche Berichtigung.

Der Herr Bundesparteibeamtete der Österreichischen Volkspartei, Abgeordneter Dr. Mock, hat mich zitiert. Er hat dabei einen Satz, den ich tatsächlich gesagt habe, nicht zur Gänze wiedergegeben, sondern von diesem Satz, der einunddreißig Worte umfaßt, die letzten fünf Worte allein zitiert. Diese Verkürzung aus dem Gesamtzusammenhang herausgerissen — die Verkürzung lautet: „Ich hätte es auch getan“ —, erweckt einen völlig anderen Eindruck, als Sie mir bestätigen werden, daß er entsteht, wenn man den ganzen

Satz kennt. Daher erlaube ich mir, den ganzen Satz vorzulesen. Er stammt aus einer Tonbandabschrift aus meinem Hörfunkinterview vom 27. Jänner, also vor fünf Tagen, und der ganze Satz lautet wie folgt:

Wäre ich Regierungsmitglied gewesen, hätte man mich etwa wie Frischenschlager durch den Außenminister aufgefordert, diese Bedingungen abzuwickeln, die zwischen zwei Staaten vereinbart worden sind, ich glaube, ich hätte es auch getan. — Ende des Zitates.

Und damit entsteht ein völlig anderer Eindruck als in der verkürzten Wiedergabe. *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Aber diese Situation gibt mir die Gelegenheit, auf einen Informationsfehler hinzuweisen. Ich habe davon gesprochen: wäre ich Regierungsmitglied. Das entsprang meinem Informationsstand vor fünf Tagen. Erst nachher hörte ich, daß Regierungsvertreter gemeint war. Das ändert natürlich auch die Beurteilungskriterien. Daher ist es für mich eine logische Folge — als Folge eben dieser geänderten Beurteilungskriterien —, im Rückblick die Situation auch mit den Augen des Herrn Landesverteidigungsministers zu sehen und mich seiner dem Herrn Bundeskanzler gegebenen Erklärung voll anzuschließen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 13.30

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kohlmaier.

13.31

Abgeordneter Dr. Kohlmaier (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, daß Herr Dr. Stix die Aussagen, auf die Dr. Mock hingewiesen hat, nunmehr in einem etwas anderen Licht erscheinen lassen beziehungsweise — darf ich es so sagen — relativieren möchte.

Es ist aber nicht nur das von meinem Herrn Vorredner gesagt worden, worauf Dr. Mock zu sprechen kam, sondern ich sehe mich veranlaßt, dem Hohen Haus auch zwei Zeitungsberichte in Erinnerung zu rufen, die jeweils mit Führungszeichen wörtliche Zitate von Aussagen des Dritten Nationalratspräsidenten wiedergeben.

„Tagblatt“ vom 30. Jänner 1985: „Als Frischenschlager Redner die Hand reichte, hat er zutiefst menschlich gehandelt. Hätte er dies nicht getan, würde ich mich nicht mehr zu seinen Freunden zählen.“

Zitat vom „Kurier“, 30. Jänner 1985: „Wenn

6980

Nationalrat XVI. GP — 78. Sitzung — 1. Feber 1985

Dr. Kohlmaier

da ein alter, siebzigjähriger weinender Mann als Wrack zurückkommt, dann geht das unter die Haut. Wer ihm da nicht die Hand gibt und ihn nicht zum Essen einlädt, ist nicht mehr mein Freund.“

Das im Anhang zur tatsächlichen Berichterstattung des Herrn Abgeordneten Dr. Stix. (Abg. Dr. Hubinek: *Das klingt ein bißchen anders!*)

Hohes Haus! Sie werden sicher Verständnis dafür haben, wenn ich auf die Rede des Herrn Dr. Steger nicht Bezug nehme und mich bemühen möchte, mich mit einigen Gedanken des Herrn Klubobmanns Wille auseinanderzusetzen, der auch ein wenig das getan hat, was ich beim freiheitlichen Parteibmann vermerken mußte, nämlich die Taktik der Ablenkung zu beschreiten, dem Motto zu folgen: Reden wir von etwas anderem!

Herr Klubobmann Wille! Diese Debatte bezieht sich nicht auf den Herrn Walter Reder. Das hat er nicht verdient — in mehrfacher Bedeutung des Wortes. Diese Debatte soll der Klarstellung und nicht der Verwirrung dienen.

Vor allem muß ich einer Aussage beziehungsweise Meinung von Ihnen wirklich entschieden entgegentreten. Sie haben, sehr geschätzter Kollege Wille, gemeint, die technische Abwicklung dieser Einholung war kein Empfang, geschweige denn ein offizieller Empfang.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es ist mir bisher nicht und, wie ich glaube, niemandem noch klargeworden, auch nicht durch die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, was der Verteidigungsminister, vor allem angesichts der Tatsache, daß die Abwicklung beim Innenministerium lag, bei der Einholung des Herrn Reder zu suchen hatte.

Die Theorie von der Gewährleistung der Geheimhaltung widerlegt sich nicht nur dadurch, daß das Auffälligste, was man in dieser Republik überhaupt tun kann, ist, einen Minister auf Reisen zu schicken. Sie wird auch durch die Tatsache widerlegt, daß ein Mittagessen stattgefunden hat. Und man höre: Es konnte Herr Dr. Frischenschlager nur kurz daran teilnehmen, weil er Journalistenfragen beantworten mußte. So stelle ich mir optimale Geheimhaltung vor, Hohes Haus! (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Bundeskanzler! Ich muß hier auch Ihre Berichterstattung an das Hohe Haus als

nicht korrekt bezeichnen. Sie sagten, Reder wurde mit einer Mahlzeit versorgt, aber nicht eingeladen. Soll ich daraus entnehmen, daß Herr Reder den Bundesminister und die anderen Herren eingeladen hat oder daß man ihn gebeten hat, die auflaufenden Kosten selbst zu bedecken? Hier ist ein bißchen eine tendenziöse Darstellung zu vermerken. Aber bitte, ich habe auch gewisses Verständnis dafür.

Hohes Haus! Es gibt in allen Kulturen der Menschheit eine Symbolik des Entgegenkommens. Wenn jemand eintrifft, geht man ihm umso weiter entgegen, je mehr Ehre, Auszeichnung und Anerkennung man ihm erweisen will. Und ein Staatsoberhaupt empfängt man auch dort, wo es den Boden des Landes betritt.

Das Verhängnisvolle und Unerklärliche ist, daß Sie, Herr Verteidigungsminister, diese Geste der Aufwertung und Anerkennung in einem so hohen Maß gesetzt haben, daß, wenn es ein Minister tut, von einem persönlich menschlichen Verhalten wohl nicht mehr die Rede sein kann. Denn ein Minister muß wissen, was seine Schritte, auch im buchstäblichen Sinn des Wortes, Schritte nämlich, bedeuten. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich rufe die Verfassung in Erinnerung bei dieser wichtigen Debatte des Hohen Hauses; die Verfassung, die vorsieht, daß sich ein Minister gegenüber der Volksvertretung zu verantworten hat. Ich rufe in Erinnerung, daß ein Minister gegenüber dem Staat eine hohe Verantwortung hat, vor allem auch gegenüber dem Staatsinteresse. Und das trifft für das Verteidigungsressort wohl besonders zu. Denn die Selbstbehauptung der Demokratie Österreich, deren geographische Lage am Rande der freien Welt situiert ist, ist wesentlich und auch dem Verteidigungsminister überlassen. Dieses Österreich soll ein Hort der Freiheit sein, ein Hort der Wahrung der Menschenrechte und der Humanität. Die Achtung aller Verpflichtungen, die damit verbunden sind, ist eine hohe Aufgabe für den Verteidigungsminister, konkret für den Verteidigungsminister Dr. Frischenschlager.

An sein Verhalten als Inhaber dieses wichtigen Amtes ist ein strengster Maßstab zu legen. Er hat untadelig zu handeln und, über jeden Verdacht erhaben, seine Maßnahmen zu setzen. Und, Herr Minister Dr. Frischenschlager, durch keine Handlung eines Verteidigungsministers darf auch nur ein Schatten auf das fallen, was uns wichtig ist und was wir

Dr. Kohlmaier

gemeinsam zu wahren und zu verteidigen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Es gibt nun — ich möchte hier wirklich die Debatte noch einmal auf das Wesentliche zurücklenken — diese Theorie von der einmaligen Fehlleistung. Dr. Sinowatz hat gesagt: singuläres Fehlverhalten. Und der freiheitliche Parteiohmann hat gesagt: Fehleinschätzung.

Sehr wesentlich ist, Herr Klubobmann Wille, daß Sie gesagt haben, die Entschuldigung, die Dr. Frischenschlager ausgesprochen hat, beweise, daß es sich um eine einmalige Fehlleistung gehandelt hat und daß keine unrechte Gesinnung hinter dieser Handlung steht. Das ist sehr wesentlich. Sie gehen also mit Ihrer Fraktion davon aus: Mit der Entschuldigung ist klargestellt, es war kein böser Gedanke dahinter, keine unrechte Gesinnung. Es war — darf ich es so einfach sagen — ein Ausrutscher.

Aber gegen diese Theorie von der einmaligen Fehlleistung sprechen zwei erhebliche Tatsachen, Hohes Haus, die ich hier vorbringen muß.

Erstens: Dr. Frischenschlager ist im Zusammenhang mit der SS nicht das erste Mal ins Zwielficht geraten. Er hat am 1. November 1983 an einem Gedenken für Gefallene der SS teilgenommen. Er sagte damals: Nur am Rande. — Er hat sich damals schon am Rande auch anderer Dinge befunden, Hohes Haus!

Weil bekannt wurde, daß er an einer Veranstaltung teilnahm, wo unter Bezug auf die Ehrenpflicht die Leute zusammengerufen wurden, wurde er damals öffentlich darüber belehrt, daß die sogenannte Waffen-SS nicht ein Teil der Deutschen Wehrmacht war, sondern zu Hitlers persönlicher Verfügung stand und daß sie oft von den Regeln der Kriegsführung abwich und für schreckliche Greueltaten im Hinterland verantwortlich war.

Frischenschlager muß also in der Frage: Kann man mit der Tradition der SS in Berührung kommen? äußerst sensibilisiert gewesen sein, zumindest seit diesem 1. November 1983. Und trotzdem sagte er jetzt wörtlich, daß der letzte Kriegsteilnehmer nach Österreich heimgekehrt ist. Das ist keine einmalige Fehlleistung, meine Damen und Herren, sondern das ist unverzeihlich!

Zweites Faktum, Herr Klubobmann Dr. Wille: Warum spricht man heute nicht darüber in den Fraktionen, die das Verhalten des

Dr. Frischenschlager zu rechtfertigen suchen, daß man von einer einmaligen Fehlleistung nicht reden kann, wenn eine ganze Partei diese Handlung als richtig bezeichnet und sich mit ihr ausdrücklich solidarisiert? *(Beifall bei der ÖVP.)* Wenn sich also, meine Damen und Herren — verzeihen Sie, wenn es ein bißchen zynisch klingt —, eine Partei, die in der Regierung sitzt, mit einer einmaligen Fehlleistung solidarisiert, dann ist das keine einmalige Fehlleistung, dann ist das viel mehr.

Wenn ich etwas erwartet habe bei der Rede des Parteiohmannes Dr. Steger, dann war es eine Distanzierung seiner Partei vom Vorgehen eines Ministers dieser Partei, um eben zu bestätigen, daß es sich um eine einmalige Fehlleistung handelt. Und diese Distanzierung ist nicht erfolgt! Im Gegenteil, meine Damen und Herren, Dr. Steger hat sich im höchsten Maße, das nur denkbar ist, mit dem Verteidigungsminister auch persönlich solidarisiert, indem er sein persönliches Verbleiben in der Regierung vom Verbleiben des Dr. Frischenschlager abhängig gemacht hat. Es gibt kein höheres Maß der Identifikation mit der Handlung eines Menschen.

Was sollen die Bürger dieses Staates denken und glauben, wenn auf der einen Seite eine Handlung als einmalige, verzeihbare Fehlleistung qualifiziert wird und auf der anderen Seite eine ganze Partei, ihre Gremien und Spitzenpolitiker sagen: Es war richtig, ich hätte auch so gehandelt, wir solidarisieren uns mit diesem Vorgehen?

Meine Damen und Herren! Das ist unlogisch, das ist niemandem verständlich zu machen, das reicht ins Groteske!

Ich muß leider sagen, Herr Bundeskanzler: Auch Sie haben sich mit Ihrer Rücktrittsankündigung, wenn der Mißtrauensantrag eine Mehrheit findet, in einem hohen Maße solidarisiert mit dem Verhalten eines freiheitlichen Ministers, der offenbar die volle Deckung seiner politischen Partei hat. Das ist weitreichend in seiner Bedeutung, und auf diese wesentlichen Fakten haben wir heute hinzuweisen, Hohes Haus. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte nur am Rande noch erwähnen, daß sich Dr. Steger nicht nur jetzt nicht distanziert, sondern sogar wörtlich gesagt hat: Es gibt nichts, wovon man sich zu distanzieren hätte.

Hohes Haus! Ich fasse zusammen. Ich stelle

Dr. Kohlmaier

nochmals außer Streit, wie es mein Partei- und Klubobmann getan hat, daß Walter Reder ein alter, kranker Mann ist, der bitter gebüßt hat, dem man heute menschlich begegnen muß. Auch Schlußstriche müssen gezogen werden.

Ebenso gibt es aber auch Trennungslinien, Hohes Haus, nach wie vor. Österreich als Staat braucht diese klaren Trennungslinien; Trennungslinien gegenüber dem Nationalsozialismus, seinem schweren Unrecht, seiner Gewalt, seiner Grausamkeit. Diese Trennungslinien wurden 1945 gezogen, ebenso 1955 beim Abschluß des Staatsvertrages — Dr. Mock hat darauf hingewiesen —, und sie müssen auch heute, 1985, klar sichtbar sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jeder Abgeordnete dieses Hauses, meine Damen und Herren — jeder Abgeordnete dieses Hauses —, hat die hohe Verpflichtung, darüber zu wachen, daß Österreich einen Verteidigungsminister hat, der diese Trennungslinien genauso verteidigt wie die Grenzen unseres Staates.

Ich bringe daher den Entschlie-
bungsantrag der Abgeordneten Dr.
Kohlmaier und Kollegen ein:

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Bundesminister für Landesverteidi-
gung wird gemäß Artikel 74 Abs. 1 Bundes-
Verfassungsgesetz durch ausdrückliche
Entschließung des Nationalrates das Ver-
trauen entzogen.“ *(Anhaltender Beifall bei
der ÖVP.)* 13.46

Präsident: Der soeben vorgelegte Entschlie-
bungsantrag der Abgeordneten Kohlmaier
und Genossen ist genügend unterstützt und
steht daher mit in Verhandlung.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete
Schrantz.

13.46

Abgeordneter Dr. **Schrantz** (SPÖ): Meine
Damen und Herren! Es ist kein Geheimnis,
daß es in der sozialistischen Fraktion dieses
Hauses Diskussionen über die Vorgangsweise
bei der Übernahme des Kriegsverbrechers
Reder durch Österreich gegeben hat.

Es hat auch die Meinung gegeben, vor der
Entschuldigung des Verteidigungsministers,
daß sein Rücktritt die richtige Lösung wäre.

Aber innerhalb der sozialistischen Fraktion

hat es keine Diskussionen über die Grund-
sätze gegeben. Gegen Faschismus und Nazis-
mus sind alle 90 sozialistischen Abgeordne-
ten! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Für viele, meine Damen und Herren, ist das
heutige Thema eine gefühlsbetonte Frage.
Auch für mich. Unsere Vorgänger im Kampf
für diesen Staat sind in den Konzentrationsla-
gern gepeinigt und zum Teil ermordet wor-
den. Vor allem unter diesem Aspekt will ich
zu der Frage, die wir heute diskutieren, Stel-
lung nehmen, auch deshalb, weil ich aus
einem Bezirk komme, in dem fast die Hälfte
der Bewohner von den Nazis ermordet wurde.

Meine Damen und Herren! Eine Koalition
besteht aus verschiedenen Parteien. Es hat
bei uns in Österreich 21 Jahre lang eine große
Koalition gegeben, und innerhalb dieser gro-
ßen Koalition und in der Öffentlichkeit fan-
den scharfe Auseinandersetzungen zwischen
den Koalitionsparteien ÖVP und SPÖ statt.
Und wenn wir jetzt eine kleine Koalition
haben, bedeutet das nicht, daß wir in allen
Fragen gleicher Meinung sind, daß wir einan-
der lieben und daß die beiden Parteien ver-
schmelzen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Diese
Regierung besteht aus zwei Parteien, und
diese beiden Parteien unterscheiden sich
nach ihren Programmen, nach den persönli-
chen Auffassungen ihrer Exponenten und in
vielen anderen Punkten voneinander. So soll
das, so muß das ja sein.

Daher gibt es gewiß auch Situationen, die
uns Sozialisten, wie mich, verpflichten, Kritik
an einem Fehlverhalten von Exponenten des
Koalitionspartners zu üben. Und das tue ich,
indem ich so feststelle wie der Herr Bundes-
kanzler und so feststelle wie der Verteidi-
gungsminister, der das selbst einbekannt hat,
daß seine Vorgangsweise ein schwerer politi-
scher Fehler war. Diese Feststellung des Bun-
deskanzlers, der sich überhaupt hervorragend
in dieser Frage geschlagen hat, anerkennt
und sichert die internationale Reputation
Österreichs. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. —
Zwischenruf des Abg. Dr. Lichal.)*

Meine Damen und Herren! Es liegt eine
Entschuldigung des Verteidigungsministers
vor. Er hat sie dem Bundeskanzler übergeben.
Dieser hat sie angenommen, und ich bin
namens meiner Fraktion der Meinung, daß
diese Entschuldigung zu akzeptieren ist.

Ich will auch glauben, daß bei all den Vor-
gängen um den Empfang Reders keine politi-
schen Absichten im Spiel waren. Gestern hat
es eine Sitzung des Bundesparteipräsidiums

Dr. Schranz

der Sozialistischen Partei gegeben, diese Sitzung hat eine Entschließung verabschiedet, und in dieser Entschließung wird eindeutig das zurückgewiesen, was an gewissen Reaktionen von seiten der Freiheitlichen Partei zu diesem Vorfall veröffentlicht wurde (*Abg. Dr. Graff: Wollen Sie sich jetzt auch entschuldigen?*); und damit möchte ich mich noch genauer auseinandersetzen.

Wenn, meine Damen und Herren, zur Vorgangsweise des Verteidigungsministers, für die er sich entschuldigt hat und die er selbst als schweren politischen Fehler bezeichnet hat (*Abg. Dr. Graff: Er hat gesagt, er hat müssen!*), eine Äußerung aus einer Ecke kommt, die das als vorbildliche Haltung bezeichnet, dann besteht hier ein nicht zu übersehender Widerspruch: Was war vorbildlich — der Fehler? Was war vorbildlich — der Grund für die Entschuldigung? Oder ist diese Äußerung nicht eine politische Demonstration (*Zwischenruf bei der ÖVP*), und sollten Sie sich, meine Herren von der Freiheitlichen Partei, davon nicht distanzieren? (*Abg. Dr. Graff: Ja? — Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Aus einer anderen Ecke ist die Meinung gekommen, das Verhalten des Verteidigungsministers sei ein mutiger Schritt gewesen. Was war, bitte, mutig (*Ruf bei der ÖVP: Eben!*): das, was er als schweren politischen Fehler einbekannt hat (*Abg. Dr. Kohlmaier: Sehr richtig!*), oder handelt es sich hier nicht auch um eine politische Demonstration — die ich in keiner Weise verstehen kann —? (*Ruf bei der ÖVP: Auch wir nicht!*) Und auch hier frage ich mich: Wäre nicht eine Distanzierung der Freiheitlichen Partei als Ganzes von solchen Äußerungen fällig? (*Beifall bei der SPÖ und demonstrativer Beifall bei der ÖVP.*) Sollten Sie, meine Damen und Herren, sich von einer falschen Solidarisierung nicht distanzieren?

Und wenn gesagt wird, die Haltung des Ministers, die gleichzeitig als Fehler einbekannt wird, ist voll und ganz zu unterstützen, dann erhebt sich die gleiche Frage, ob hier nicht eine Distanzierung notwendig wäre. Ich meine, im Interesse des Ansehens unseres Landes und seiner Glaubwürdigkeit sollten Sie überlegen, ob Sie sich nicht distanzieren sollen und können.

Ich war über manche dieser Reaktionen ehrlich erschrocken, und ich meine, es liegt im Interesse des Verteidigungsministers, es liegt im Interesse des Vorsitzenden der Freiheitlichen Partei, und es liegt im Interesse Österreichs, wenn hier eine Klarstellung

erfolgt, denn aus dem Wortschatz des Wörterbuches einer schrecklichen Vergangenheit wollen wir nichts mehr hören. Es soll nichts verdrängt werden, meine Damen und Herren, es soll nichts verschwiegen werden. Wir haben im Interesse der jungen Menschen dieses Landes unsere Vergangenheit aufzuarbeiten und zu bereinigen! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Zuwendung — ich nehme an, das können alle Mitglieder dieses Hauses unterschreiben — gilt in erster Linie den Opfern von Marzabotto und nicht denen, die sie zu Opfern gemacht haben. (*Beifall bei der SPÖ.*) Und darüber sollte in Österreich Einigkeit bestehen.

Meine Damen und Herren! Der frühere SS-Führer Reder ist wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden, und er wurde jetzt vorzeitig freigelassen. Ich bin der Meinung, daß diese Freilassung, diese Begnadigung richtig ist. Denn Rache bringt nichts nach 40 Jahren, und es ist Zeit, in diesem Fall die Humanität sprechen zu lassen. Aber wir sollten auch sagen, daß es die Wohltat der Gnade nur in der Demokratie gibt. Gnade hat nicht das Regime gekannt, dem Reder so führend gedient hat. Das ist der große Unterschied, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nach 40 Jahren soll man aber vergeben. Und die Opfer des Faschismus, soweit sie überlebt haben, sind bereit zu vergeben. Aber vergessen werden sie nie. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Wir haben nun einen Mißtrauensantrag der ÖVP gegen den Verteidigungsminister vorliegen, und dieser Mißtrauensantrag steht in eigenartigem Widerspruch zu dem, was der Obmann der Österreichischen Volkspartei vor einigen Tagen noch gesagt hat. Er hat gesagt: Reder soll in Frieden gelassen werden, aber keiner soll sich politisch daranhängen und Kapital daraus schlagen. — Was tun Sie denn, als politisches Kapital daraus schlagen, oder das ist sogar zuviel gesagt: Sie machen parteipolitisches Kleingeld aus dieser Frage, meine Damen und Herren, und das dient der Diskussion und der Aufarbeitung der Vergangenheit in keiner Weise! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Dazu kommen etwa die jüngsten Äußerungen des oberösterreichischen Landeshauptmannes Dr. Ratzenböck (*Zwischenruf des Abg. Dr. B len k*), der seine Weihnachts- und Neujahrswünsche an Reder nicht still geschickt hat — eine humanitäre Geste, was

Dr. Schranz

ich gern verstehen würde —, sondern in den oberösterreichischen Zeitungen veröffentlicht hat! Wer will jetzt politisches Kapital aus der Freilassung oder Nichtfreilassung Reders schlagen? Warum tun das die Herren der ÖVP (*Zwischenruf bei der ÖVP*), und warum distanzieren Sie sich davon nicht? (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Staudinger.*)

Meine Damen und Herren! Ich habe die Freiheitliche Partei gefragt, ob sie sich nicht von manchen Äußerungen distanzieren will. Ich frage jetzt Sie von der ÖVP, ob Sie sich nicht distanzieren wollen von solchen klaren politischen Aktionen, die nichts anderes sind als großer Schaden für diese Diskussion um Grundwerte in Österreich! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Brandstätter.*)

Und dann, meine Damen und Herren, kommt der Herr Abgeordnete Dr. Gorton mit seiner politischen Aktion (*Zwischenruf bei der SPÖ*), und dann kommt der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Knafl mit einer Äußerung vor Wahlen. Das ist politisches Kleingeld, das Sie aus einer ernsten Grundsatze Frage in Österreich machen wollen! Und dem kann man nicht folgen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*)

Meine Damen und Herren! Wir werden gegen den Mißtrauensantrag stimmen, aber dieses Stimmverhalten bedeutet kein Vertrauensvotum für alles, was geschehen ist. Es ist manche gefährliche Tendenz hochgekommen, manches an Opportunistischem, an Antidemokratischem, sogar an Nazistischem hat man in der letzten Zeit gehört, und dagegen sollten wir uns alle miteinander, alle, die in diesem Haus vertreten sind, wenden. Wir sollten für die jungen Menschen ein Vorbild sein können als Demokraten und als Antifaschisten, und wir sollten den Kampf gegen den Nazismus und die Aufklärung über ihn weit intensiver gestalten, als das bisher der Fall war. (*Anhaltender Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) 13.59

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ermacora.

13.59

Abgeordneter Dr. **Ermacora** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich zolle meinem Vorredner in manchen seiner Passagen Respekt. Ich glaube, er hat einige wichtige, sehr grundlegende Fragen angesprochen, die von der Gemeinsamkeit dieses

Hauses getragen werden können. Aber ich möchte doch hinzufügen, daß wir hier nicht den Fall Reder diskutieren, sondern den Fall Frischenschlager! (*Beifall bei der ÖVP. — Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß die Anlage Ihrer Reden, die den Fall Reder herausstellen, den Fall Frischenschlager zu verdecken sucht. Ich möchte hinzufügen: Verwechseln Sie nicht aufrichtiges humanitäres Bemühen mit politischem Kleingeld. Ich halte das, wenn ich mich so ausdrücken darf, für ungemein kleinkariert, um nicht zu sagen: schäbig. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren, das Faktum ist klar: Der Herr Bundesminister für Landesverteidigung reist auf seinen eigenen Wunsch und in Absprache mit Außenminister Gratz nach Graz, um einen SS-Sturmabführer abzuholen und ihn nach Baden zu begleiten. Es wird dort auch ein Essen gegeben, acht Personen nahmen daran teil. Dafür entschuldigt sich der Minister gegenüber dem Bundeskanzler und übt — ich würde sagen: in einer eher peinlichen Weise — Selbstkritik. Aber hier möchte ich hervorheben, daß es nicht genügt, wenn ein Bundesminister Entschuldigungen ausspricht, und es genügt auch nicht, wenn politische Parteien in einem solchen Falle Entschuldigungen entgegennehmen. Solche Entschuldigungen mögen in persönlichen Beziehungen ihren Wert haben, aber, Herr Bundesminister für Landesverteidigung, Sie können den Eindruck, den Sie erweckt haben, nicht entschuldigen. Der ist ein Faktum. (*Beifall bei der ÖVP.*) Sie haben mit Ihrer Anwesenheit in Graz und in Baden den Eindruck erweckt, daß es der Landesverteidigungsminister ist, der symbolisch hier das Bundesheer vertritt.

Meine Damen und Herren! Wenn die Mehrheit der Österreicher, wozu ich mich zähle, die Begnadigung des ehemaligen SS-Sturmabführers durch Italien aus humanitären Gründen begrüßt, so kann aber nur die Unerfahrenheit — der Herr Vizekanzler und Abgeordnete Steger hat von „Unbefangenheit“ gesprochen —, die Unkenntnis der Fakten, die Unkenntnis der Welt, in der wir leben, dazu geführt haben, nicht zu erkennen, daß der ehemalige SS-Sturmabführer kraft Anklage und Verurteilung in der Welt zu einem Symbol für die Verletzung der Kriegsgesetze und der Kriegsgebräuche geworden ist. Man kann darüber nicht hinwegsehen. So wird er gesehen, auch wenn wir es nicht sehen wollten, meine Damen und Herren!

Dr. Ermacora

Und diese Unbefangenheit, die Ihnen, Herr Bundesminister, zugesprochen wird, die kann einen Minister in seinem Amt, der sein Amt voraussehbar führen soll, nicht tragen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daß man Reder in der Welt so ansieht, ist ein Faktum. Aber ich übersehe nicht — und hier möchte ich das ganz deutlich herausstellen —, daß Strafe und Sühne im Falle Reder eintrat, aber in Tausenden anderen ähnlich gelagerten Fällen aus rein politischen Gründen der Mantel der Vergessenheit über Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen gezogen wird. Damit möchte ich deutlich machen, daß es viele, viele andere Fälle Reder gibt und gäbe, die es ebenso zu verfolgen gälte.

Meine Damen und Herren! Es ist ein Faktum, daß bei aller Aufklärung, die der Bericht des Herrn Bundeskanzlers geben soll, und auch in Ihrem Schreiben, Herr Bundesminister, Sie gegen einen Anschein auftreten, und den können Sie so ohne weiteres nicht zerstören. Ich würde meinen, Herr Bundesminister, daß gerade die Berufung auf diese jugendliche Unerfahrenheit — wenn ich mich so ausdrücken darf —, die auch ins Treffen geführt wurde, im Hinblick auf Zehntausende junge Soldaten, Herr Bundesminister, denen politische Bildung und Moral gelehrt wird, nach meiner Meinung kontraproduktiv gewirkt hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn Sie haben bei Ihren Auftritten und Aussagen den Eindruck erweckt, als müßten gerade Sie als liberaler Frischenschlager das Bundesheer mit etwas versöhnen, womit dieses Bundesheer aber auch gar nichts zu tun hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte drei Punkte herausheben, Herr Bundesminister. Sie haben unglaublich gehandelt, Sie haben in Ihrer Eilfertigkeit nach meiner festen Überzeugung Grundsätze unseres Staatsrechtes mißachtet und Sie haben als Befehlshaber des Heeres so dilettantisch gehandelt, daß ich Sorge hege, Sie in einer Krisensituation herumfuhrwerken zu sehen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Denn, Herr Minister, Sie haben selbst bestätigt, daß Sie das als eine Art Krisensituation gesehen haben. Sie sagten nämlich, Sie hätten in wenigen Stunden handeln müssen, und Sie haben zugleich schriftlich zugegeben, daß Sie Ihr Verhalten als einen schweren Fehler einbekennen. Das heißt, Sie haben etwas als eine Krisensituation hingestellt und haben — was ich bedauere — offen zugeben müssen, daß Sie diese Krisensituation nicht bewältigt

haben. Sie müßten als Verteidigungsminister möglicherweise ganz andere Krisensituationen bewältigen!

Sie haben unglaublich gehandelt, Herr Bundesminister. Sie haben junge Soldaten, die auch mit ihrem Idealismus Pflichten erfüllen, symbolhaft nach Mauthausen geführt — ich war anwesend —, um sozusagen das Heer an sich mit den Opfern der KZ zu versöhnen. Aber Sie haben eineinhalb Jahre später als Minister und nicht als Privatmann einen SS-Sturmabführer empfangen, von dem es heißt, daß er auch in Dachau Dienst getan habe.

Herr Bundesminister! Sie haben junge Soldaten in den Karl Marx-Hof geführt und sie dort, was ich bedauere und Sie auch, Beschimpfungen und Demonstrationen ausgesetzt. Und nun erzeugen Sie durch Ihre Haltung im Heer eine Stimmung, die es dem Armeekommandanten angelegen erscheinen läßt, sich in einem Tagesbefehl faktisch von Ihrer Haltung zu distanzieren. Herr Bundesminister! Wie das nun mit Ihrer Stellung als Befehlshaber des Bundesheeres zusammenhängt, kann ich mir nicht zusammenreimen.

Herr Bundesminister! Sie predigen die politische Bildung und müssen selbst einbekennen — schriftlich haben Sie das getan —, daß Sie politisch gefehlt haben. Spaßhaft möchte ich in dieser ernstesten Situation fast sagen: da lassen Sie Lieder komponieren, die das österreichische Soldatenlied erneuern sollen, und auf der anderen Seite sind Sie nicht imstande, den Beginn dieses Gedächtnisjahres mit größerer Sensibilität zu feiern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und eine Folge, die Sie zu verantworten haben, ist schon eingetreten. In der Presse war gestern zu lesen, daß Sie die für die Martinek-Kaserne angesetzte Angelobung verlegen mußten, weil Sie Sorge trugen, daß Demonstrationen aufbrechen; aber nicht nur dort, sondern Sie haben auch eine andere Angelobung verlegen müssen. Herr Bundesminister! Das ist, wenn Sie so wollen, die Auswirkung des Anscheines, den Sie erzeugt haben.

Zweitens: Sie haben Grundsätze unseres Staatsrechtes mißachtet. Wer hat Ihnen die Ermächtigung gegeben, so über Einheiten des Bundesheeres und Anstalten des Heeres zu verfügen? Das müßte erklärt werden. Welches Recht gibt Ihnen auch die Ermächtigung, einen österreichischen Staatsbürger, der Reder ist, in einer überwachten Freiheit zu

6986

Nationalrat XVI. GP — 78. Sitzung — 1. Feber 1985

Dr. Ermacora

halten? Wie begründen Sie die Zuständigkeit Ihres Ressorts, Herr Bundesminister?

Der Herr Bundeskanzler hat in einer — ich würde sagen: schamhaften — Formulierung in seinem Bericht gesagt, es ist wohl möglich, daß das Bundesministerium für Landesverteidigung zuständig ist. Ich bin auf Grund dieses „Wohl möglich“ dem Text nachgegangen. Man findet dort überhaupt keine Zuständigkeit, daß Sie kompetenzmäßig in dieser Sache hätten handeln müssen.

Warum hat der Innenminister nicht gehandelt?

Ich möchte hier — an die Adresse des Herrn Dritten Präsidenten des Nationalrates gerichtet — sagen, daß er in einer Presseausendung gesagt hat, daß Walter Reder in Österreich von einem Regierungsmitglied übernommen werden sollte. Wir hatten heute das Vergnügen, über diese Geheimdepesche informiert zu werden: Kein Wort steht drinnen, Herr Dritter Präsident des Nationalrates (*Zwischenrufe*), daß man seitens Italiens von einem Empfang durch ein Regierungsmitglied gesprochen hat! Es steht dort drinnen, daß Funktionäre des Innenministeriums oder des Bundesheeres empfangen würden. Sie haben eine falsche Aussage gemacht, Herr Dritter Präsident. (*Abg. Graf: Das wurde berichtet von Stix!*) Dann entschuldige ich mich, Herr Dr. Stix, daß ich Ihnen diese Äußerung zum Vorwurf gemacht habe.

Ich möchte hervorheben, daß Sie, obwohl Sie ein voll ausgebildetes Bundesministerium haben, selbst erklärten, sich um die Rechtsfrage nicht gekümmert zu haben. Warum haben Sie nicht den Justizminister informiert? Wir wurden ja heute intern informiert, daß auch das Bewährungshilfegesetz heranzuziehen sei. Der Justizminister ist dafür zuständig!

Die Abdeckung des Landesverteidigungsministeriums als kompetenzmäßig zuständiges Ministerium scheint mir völlig abwegig zu sein. Wenn der Herr Bundeskanzler auf die Genfer Konvention aufmerksam gemacht hat, auf die man hier Bedacht nehmen müsse, so steht auch in dieser Geheimdepesche kein Wort über die Genfer Konvention. Ich bin wohl informiert, daß man früher einmal damit argumentiert hat, aber in der Geheimdepesche steht das nicht drin. Herr Bundeskanzler, Sie hätten sich die Unterlagen von Ihren Fachleuten besser zusammenstellen sollen.

Drittes Problem. Herr Bundesminister, Sie

haben dilettantisch gehandelt. Herr Minister, ich werfe Ihnen vor, daß Sie einen Generationenkomplex in Ihrem Ministerium haben, weil Sie die erfahrenen Offiziere und Beamten Ihres Hauses, eine ausgebildete Rechtssektion nicht zu Rate gezogen haben. Sie haben zwar Ihren eigenen Angaben nach Herrn Divisionär Segur und den Herrn General Philipp technisch informiert — aber nicht mehr! Ich weiß nicht, ob die Herren Offiziere so befehlsverbunden sind, daß sie Sie nicht gefragt hätten, warum diese technischen Vorkehrungen erfolgen. Aber es ist Ihnen nicht in den Sinn gekommen, Ihren kompetenzmäßig unmittelbarsten Berater, den Generaltruppeninspektor, oder andere Persönlichkeiten zu Rate zu ziehen.

Bitte, das zeigt nach meiner Meinung, wie wenig Sie auf Ihre Heeresstruktur und auf Ihre Beamten bauen, wenn es in einer ersten Situation zu einer solchen Entscheidung kommt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Sie sagten, Sie wollten geheim handeln. Diese Geheimnistuerei — das zeigt sich ja deutlich — hat zu nichts geführt. Und nun entschuldigen Sie sich, Herr Minister, Sie entschuldigen sich der Koalition gegenüber — und das bedauere ich um des Heeres willen. Sie machen einen Kniefall vor der Koalition.

Herr Bundesminister Frischenschlager! Die „Sicherheit“, mit der Sie Ihren Schritt in der vorigen Woche noch zu rechtfertigen versuchten — ich würde fast sagen: in einer recht anmaßenden Weise —, ist zu einem Kniefall vor der Koalition geworden. Das haben Sie mit Ihrem Brief und mit Ihrem Verhalten an den Tag gelegt!

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt: „eine österreichische Lösung“. Der Herr Bundesparteiobmann hat heute ja sehr klar gesagt: Was muß in unserem Lande alles passieren, damit ein Minister zurücktritt? Es könnte natürlich gesagt werden: Wir weichen nicht ausländischem Druck, wir sind wir. Aber, Herr Minister, Sie müßten Ihr Fehlverhalten verteidigen können, wenn Sie diese Argumentation haben, aber das trauen Sie sich nicht, weil Sie den Kniefall gesetzt haben — und mit Ihnen alle anderen!

Herr Bundesminister, Sie berühen sich, daß der Herr Bundeskanzler Ihre bisherige Arbeit als gut bewertete, der Herr Bundeskanzler sagte „erfolgreich“, der Herr Klubobmann Wille verwendete das Wort „beispielhaft“. Ich will Ihnen zugestehen, Herr Mini-

Dr. Ermacora

ster, daß Sie sich in der Frage der Anschaffung von Abfangjägern mehr bemühen als Ihre Vorgänger, aber ich möchte Sie fragen: Was haben Sie in der politischen Bildung geleistet, nachdem Sie sich selbst ihr entgegenstellen? Was haben Sie in der Personalpolitik bis jetzt nicht an Selbstherrlichkeit — ohne Rücksicht auf Verluste — an den Tag gelegt? Der Zeitsoldat erfüllt alle Befürchtungen, die wir hegten.

Was bleibt also, meine Damen und Herren? — Ein geschlagener Oberkommandant und eine Person, die, gestärkt von Kirchschräger, dem Oberstkommandanten, zurückgekehrt ist. Ich hoffe, er hat Ihnen Mut zugesprochen. Ich bin überzeugt davon, daß Sie den brauchen.

Herr Bundesminister Frischenschlager! Wenn Sie Ihre Staatsbesuche absolvieren, so hoffe ich, daß es nicht Partner geben wird, die Sie zurückweisen. In einem stimme ich mit dem Armeekommandanten voll und ganz überein: Die Soldaten sollten nicht verzagen! Der Minister ist nicht das Bundesheer, auch wenn er nach der Verfassung der Befehlshaber des Bundesheeres ist! *(Beifall bei der ÖVP.)* Die Soldaten dienen nicht ihm, sondern unserem Vaterland, der Republik Österreich. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.17

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hintermayer. Ich erteile es ihm.

14.17

Abgeordneter Hintermayer (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vertreter der Österreichischen Volkspartei haben in den vergangenen Tagen unter Beweis gestellt, daß sie auch die von ihnen selbst immer wieder genannte Sorge um das Ansehen der Republik nicht davon abhalten kann, die Ereignisse rund um die Freilassung Walter Reders — trotz vorheriger gegenteiliger Ankündigung ihres Parteiobermannes — in den politischen Streit zu ziehen.

Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß es Ihnen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, heute und hier nicht mehr um die Verhaltensweise des Verteidigungsministers geht, sondern vielmehr darum, eine Regierung, die Sie, Herr Dr. Mock, schon deshalb bekämpfen, weil Sie nicht in ihr vertreten sind, mit aller Gewalt aus den Angeln zu heben. Dies wird Ihnen nicht gelingen, es wird Ihnen schon deshalb nicht gelingen, weil die österreichi-

schen Bürger — trotz Ihrer gegenteiligen Propaganda — längst erkannt haben, was diese sozialistisch-freiheitliche Regierung für dieses Land geleistet hat. *(Ruf bei der ÖVP: Das sehen wir!)*

Eines ist Ihnen jedoch gelungen: Während Sie der Freiheitlichen Partei ständig vorwerfen, sie wolle aus der Freilassung Reders politisches Kapital schlagen, versuchen Sie von der ÖVP permanent, aus den politischen Fehleinschätzungen anderer für sich parteipolitischen Gewinn zu schlagen.

Es ist zwar durchaus legitim, daß eine Partei versucht, Fehler des politischen Gegners für sich selbst auszunützen, was aber tut die Österreichische Volkspartei? — Sie wirft genau das der Freiheitlichen Partei vor, versucht aber gleichzeitig mit allen Mitteln, aus dem Verhalten von Verteidigungsminister Frischenschlager politisches Kapital zu schlagen, indem Sie die Dinge so aufschaukeln, daß letztlich gesamtösterreichische Interessen gefährdet werden. Und es ist eine Gefährdung gesamtösterreichischer Interessen, wenn der Abgeordnete Graff dem Verteidigungsminister unterstellt, er hätte durch die technische Abwicklung der Aktion — ich zitiere wörtlich — „das österreichische Bundesheer in die Nähe der SS gerückt“. Diese Unterstellung ist einfach ungeheuerlich!

Völlig unfaßbar ist jedoch, was am 29. Jänner im Leitartikel der ÖVP-Volkszeitung „Neues Volksblatt“ steht — ich zitiere —: „Bleibt Frischenschlager aber oberster Chef des Bundesheeres, dann darf und kann man keinen einzigen jungen Mann kritisieren, der es ablehnt, in diesem Bundesheer Dienst zu tun. Es ist, solange Frischenschlager Minister bleibt, geradezu Gewissenspflicht, den Wehrdienst zu verweigern.“

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Sie haben damit parteipolitische Interessen über die des Staatsganzes gestellt und jene Grenze überschritten, die eine Partei, die sich selbst als „staatstragend“ bezeichnet, ganz einfach nicht überschreiten darf.

Verteidigungsminister Frischenschlager hat dem Herrn Bundeskanzler und der Öffentlichkeit gegenüber erklärt, er habe erkennen müssen, daß die gewählte Vorgangsweise für alle, die unter Kriegsverbrechen und Faschismus entweder selbst zu leiden hatten oder die Leiden ihrer Mitbürger nicht vergessen können, zu tiefer Betroffenheit geführt hat.

Hintermayer

Wir alle mußten erkennen, daß im Laufe der Ereignisse der humanitäre Aspekt, der allen Bemühungen um die Freilassung Walter Reders zugrunde lag, zu Unrecht in den Hintergrund getreten ist. Wenn wir uns aber alle darüber einig sind, daß die Freilassung Reders nach 40jähriger Haft ein Akt der Humanität und des Verzeihens war, warum ist es Ihnen, Herr Dr. Mock, dann offensichtlich unmöglich, die Erklärung des Verteidigungsministers zu akzeptieren?

Nur wenn Sie die ehrliche Erklärung des Verteidigungsministers nicht akzeptieren könnten, wäre Ihr Mißtrauensantrag gerechtfertigt. Da ich Ihnen dies aber noch immer nicht unterstellen will und da Sie diese Ihre Ablehnung im Verlauf der heutigen Debatte auch nicht überzeugend darlegen konnten, fordere ich Sie auf, den Mißtrauensantrag gegen den Bundesminister für Landesverteidigung zurückzuziehen!

Bedenken Sie auch, daß dieser Mißtrauensantrag gegen einen Mann gerichtet ist, an dessen demokratischer Gesinnung nicht gezweifelt werden kann! Seine gesamte bisherige politische Tätigkeit war geprägt von der Achtung der Grundsätze, die unser demokratisches System bestimmen. Sowohl als Parlamentarier als auch als Regierungsmitglied hat Dr. Frischenschlager dies immer wieder unter Beweis gestellt. Nicht zuletzt die Angelobungen in Mauthausen und im Karl Marx-Hof haben uns seine Bereitschaft vor Augen geführt an der Bewältigung der Vergangenheit aktiv mitzuwirken.

Hohes Haus! Verteidigungsminister Frischenschlager ist einer Fehleinschätzung unterlegen, wenn er geglaubt hat, durch seine persönliche Anwesenheit bei der Überstellung von Walter Reder eine Sache zu einem guten Ende zu bringen, für die, wie auch der Herr Bundeskanzler ausgeführt hat, Bundespräsidenten und Bundeskanzler der Republik, auch maßgebliche Politiker der ÖVP sowie höchste kirchliche Würdenträger eingetreten sind.

Was sich am 24. Jänner ereignet hat, war kein Staatsempfang und war auch kein Schielen auf bestimmte Wählerschichten. Es war, wie Frischenschlager das in seiner Erklärung ausgeführt hat, das Bemühen, die Überstellung von Walter Reder im Sinne der verlangten Geheimhaltung durchzuführen.

Die vom Minister gewählte Vorgangsweise — dies muß hier unmißverständlich klargestellt werden — hätte weder alte Wunden auf-

reißen noch eine Welle von Emotionen auslösen sollen. Gerade das aber — ich bedauere dies zutiefst — ist in einem hohen Maße eingetreten.

Wir sollten daher alle gemeinsam bemüht sein, die Wogen, die der Fall Reder ausgelöst hat, zu glätten. Der Herr Bundeskanzler hat dies in vorbildlicher Art und Weise getan, indem er die Erklärung von Bundesminister Frischenschlager zur Kenntnis genommen hat. Darf ich Ihnen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, für Ihre Haltung meinen größten Respekt ausdrücken.

Hohes Haus! Die Freiheitliche Partei hat seit ihrem Bestehen aktiv an der Gestaltung dieser Republik mitgewirkt. Freiheitliche Persönlichkeiten in höchsten Ämtern dieser Republik — ich denke etwa an die Präsidenten Kandutsch und Broesigke sowie Volksanwalt Zeillinger — haben dies genauso unter Beweis gestellt wie jene freiheitlichen Politiker, die heute Mitverantwortung für Österreich tragen.

Diese Tatsache hat der Herr Bundespräsident aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Freiheitlichen Partei Österreichs unmißverständlich anerkannt, indem er sagte: „Nicht aus Festeshöflichkeit also, sondern in meiner Verantwortung als Bundespräsident gratuliere ich Ihnen zum 25jährigen Bestand der FPÖ und danke Ihnen dafür, daß Sie sich in Programm und Praxis immer als demokratische Partei erwiesen und damit zur Anziehungskraft und zur Lebensfähigkeit unserer Demokratie beigetragen haben.“

Bundespräsident Kirchschläger schloß seine Festrede mit folgenden Worten: „Möge es der FPÖ und auch den anderen im Nationalrat vertretenen politischen Parteien gelingen, über all den dort und da immer wieder erschreckend aufflammenden Haß und auch über die sich immer stärker ausbreitende Gleichgültigkeit hinweg, der Demokratie in Österreich jene faszinierende Kraft zu geben, die ihr als der nach wie vor besten aller Staats-, Regierungs- und Gesellschaftsformen zukommt. In der Liebe zu Österreich, in der Achtung vor der Würde und der Freiheit des Menschen und im Glauben an eine europäische Funktion unserer Republik werden wir uns immer finden.“ — Dem möchte ich nichts hinzufügen. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) 14.29

Präsident Mag. Minkowitsch: Is nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Steiner. Ich erteile es.

Dr. Steiner

14.30

Abgeordneter Dr. **Steiner** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wie die Vorredner bekenne ich mich dazu, die Begnadigung des Sturmbannführers Reder als einen humanitären Akt zu werten. Man kann schon sagen: Seit Jahrzehnten wurde für diese Begnadigung interveniert und — soweit ich aus meiner früheren beruflichen Tätigkeit über diese Interventionen Bescheid weiß und sie überblicken kann — ist nie bei diesen Interventionen übersehen worden, daß die ganze Anteilnahme in erster Linie den Opfern der grausamen Vorgänge in Marzabotto zu gelten hat (*Beifall bei der ÖVP*) und daß es für uns alle wohl selbstverständlich ist, die in Marzabotto begangenen grausamen Verbrechen nicht herunterzuspielen, sondern sie schärfstens zu verurteilen. Bei der Aktion des Verteidigungsministers kommt mir dieser Aspekt in der Angelegenheit etwas zu kurz.

Der Verteidigungsminister war durch keine internationale Verpflichtung verhalten, den aus der italienischen Militärhaft überstellten Sturmbannführer persönlich zu empfangen. Der Bundeskanzler stellt ja auch in seinem Bericht einwandfrei fest, daß zur Übernahme Reders der Sicherheitsdirektor der Steiermark vorgesehen war. Selbstverständlich war er auch dafür da, die Übernahmepapiere zu unterzeichnen. Frischenschlager wurde — um es so zu sagen — von Amts wegen dort sicherlich nicht gebraucht.

Das österreichische Bundesheer ist weder eine Nachfolgeorganisation der deutschen Wehrmacht noch der Waffen-SS.

Verteidigungsminister Frischenschlager hat meiner Meinung nach mit seiner Aktion — für alle Welt demonstrativ sichtbar — den Eindruck eines optischen Zusammenhanges dort erweckt, wo es tatsächlich keinen Zusammenhang gibt. Das bringt die gesamte österreichische Verteidigungspolitik in weltweites Gerede und auch in Verdächtigungen. Es hat schließlich Jahrzehnte gedauert, bis das Bundesheer eine allgemein anerkannte und bejahte Institution wurde. Ich glaube daher: Der Verteidigungsminister hat mit seiner Handlung dem Ansehen des Heeres im In- und Ausland einen schweren Schaden zugefügt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wer immer es in der Bundesregierung gewesen sein mag, der diese unsinnige Idee hatte, das Bundesheer bei dieser Übernahme des begnadigten Sturmbannführers ins Spiel zu bringen, der hat sicherlich der Republik einen Bärendienst erwiesen. Wen wer wo

warum in dieses Abenteuer gejagt hat, das sollen sich die Damen und Herren der Bundesregierung unter sich selbst ausstreiten. Gehandelt hat — weil sichtbar für die Öffentlichkeit — jedenfalls der Bundesminister für Landesverteidigung. Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten hätte natürlich schon die Pflicht gehabt, den Bundesminister für Landesverteidigung von Unsinnigkeiten zurückzuhalten und ihn nicht noch dazu zu ermuntern, wie es heißt.

Aus dieser Verantwortung kann man ihn nicht entlassen, weil er offensichtlich ein klares Wort zur rechten Zeit zu sprechen versäumt hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister Gratz! Warum haben Sie Ihrem Kollegen nicht ganz klar und deutlich gesagt, daß für die Übernahme Reders der steirische Sicherheitsdirektor vollauf genügt? Das wäre doch wichtig gewesen, denn dann hätte man sich außerordentlich viel erspart. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wie dies aber auch immer sei, der Bundesminister für Landesverteidigung trägt für seine Handlungen die volle politische Verantwortung. Er hat die Handlungen gesetzt, die wir kritisieren. Er kann sich nicht ausreden, der oder jener Kollege hätte ihn in etwas hineingehetzt.

Es hat sich eine lebhaftige Auslandstätigkeit des Verteidigungsministers in letzter Zeit eingebürgert. Ich glaube aber, in Zukunft wird er es nicht leicht haben, die österreichischen Interessen im Ausland mit wirklicher Glaubhaftigkeit zu vertreten.

Zu den ausländischen Reaktionen möchte ich folgendes feststellen: Freilich müssen wir in Österreich in erster Linie selbst mit diesem Scherbenhaufen fertig werden, aber die negativen Folgen im Ausland dürfen und können uns nicht gleichgültig sein.

Der Herr Vizekanzler Steger spricht von einem Scherbenhaufen, der angeblich durch die Reaktionen auf diese Haltung des Bundesministers Frischenschlager hervorgerufen worden sei. Dazu muß ich eines sagen: Den größten Scherbenhaufen hat die Regierung selbst angerichtet! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Schon ein ganz kurzer Blick in die Auslandspressen zeigt, welcher Schaden Österreich mit dieser Aktion im Ausland zugefügt wurde. Liest man die ausländischen Zeitungen, die von einer gewissen Bedeutung sind, die „Neue Zürcher Zeitung“, die „Frankfurter

Dr. Steiner

Allgemeine“, den „Guardian“, „Le Monde“, amerikanische Zeitungen, so sieht man, die negative Berichterstattung hält leider immer noch an. Ich rede schon gar nicht von den Pressereaktionen in Osteuropa, dort sollte man besser vor der eigenen Türe kehren.

Wenn wir die Pressereaktionen in Ländern unserer Freunde sehen, so müssen wir doch sagen, daß dieses ganze Unternehmen wirklich nur negative Reaktionen ausgelöst hat. In der Zeitung „The Times“ etwa liest man, „es gibt einige Fehler, die durch eine Entschuldigung nicht wieder gutzumachen sind.“ Man kann in allen möglichen Zeitungen, Schweizer Zeitungen, französischen Zeitungen, nachlesen, welche negative Reaktionen, welche Flut von negativen Reaktionen es darauf gibt. Man könnte es sich schließlich in der Begründung einfach machen, man bräuchte nur den Taufpaten dieser Koalition, Altbundeskanzler Kreisky, zu zitieren, der da in einer wirklich wahrhaft „rührenden Bescheidenheit“ laut „Kurier“ vom 30. Jänner 1985 sagte: „Immerhin hab' ja ich Österreich in der Welt einen Namen gegeben...“ Und dann fährt er in diesem Kuriervespräch fort: „...daß sie“ — offenkundig die Bundesregierung oder die handelnden Minister — „nicht voraussehen konnten, daß es diese Dimensionen geben wird, das ist mir unverständlich. Anzunehmen, daß so etwas geheimgehalten werden kann, ist doch unsinnig.“ Es wäre sehr leicht, die Äußerungen des Altbundeskanzlers fortzusetzen, aber vollkommen richtig ist natürlich die Behauptung des Altbundeskanzlers Kreisky, daß dem Ansehen Österreichs im Ausland ein großer Schaden zugefügt wurde.

Diese Behauptung ist ja nicht eine Teufelei der ÖVP, sondern das ist von vielen Abgeordneten, auch von jenen der Sozialistischen Partei, immer wieder ausgesprochen worden. Solchen Äußerungen über den Schaden des Ansehens Österreichs im Ausland begegnet man immer wieder auch in Gesprächen mit maßgebenden ausländischen Parlamentariern und Politikern.

Ich komme gerade von einer Sitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg und kenne daher sehr gut die Meinung von Kollegen anderer Länder. Immer wieder ist man auf diese Vorgänge angesprochen worden, ist man Vorwürfen ausgesetzt gewesen, ist man dem Gespött ausgesetzt worden.

Nun ist etwas geschehen, was besonders bemerkenswert ist. Es hat zum erstenmal in der Parlamentarischen Versammlung des

Europarates von Kollegen verschiedener Länder eine Aufforderung gegeben, gegen den Verbleib des Verteidigungsministers Frischenschlager in seinem Amt aufzutreten und seine Abberufung zu verlangen. Wenn also die Abgeordneten der SPÖ und auch die der Freiheitlichen Partei dem Bundesminister für Landesverteidigung heute das Vertrauen aussprechen wollen, so müssen sie wissen, was das vor der Weltöffentlichkeit bedeutet.

Die SPÖ-Mehrheit des österreichischen Parlaments würde sich in diesem Fall mit dem Verhalten des Ministers indentifizieren, wie es die Führung der FPÖ bereits in sehr eigenartiger Weise immer wieder getan hat.

Eine Landesorganisation der FPÖ hat sogar in die Welt hinausposaunt, wie stolz sie auf das Verhalten des Ministers sei; und für dieses Verhalten mußte sich der Minister dann entschuldigen.

Trotz der Ministerentschuldigung halten Vizekanzler Steger und auch der Dritte Präsident des Nationalrates an der Billigung der Handlung des Verteidigungsministers fest: Die Berichtigung von Präsident Dr. Stix hat nicht entkräftet, daß diese Herren das Verhalten des Bundesministers für Landesverteidigung immer noch für richtig halten.

Was gilt also in der Koalition: die Entschuldigung Frischenschlagers, oder die Haltung der FPÖ-Führung? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wie sieht nun die Sache in der europäischen Öffentlichkeit wirklich aus? — Es waren Abgeordnete aller Parteien, die Delegationen in die Parlamentarische Versammlung des Europarates entsenden, die sich zu einem einmaligen Schritt entschlossen und eine zur weiteren Unterfertigung aufgelegte Deklaration beim Präsidenten der Versammlung hinterlegt haben. Diese aufgelegte Deklaration liegt noch bis in das nächste Jahr hinein zur Unterzeichnung offen.

Die unterzeichneten Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung bringen in dieser Deklaration ihre Empörung über den persönlichen Empfang Reders durch den Verteidigungsminister zum Ausdruck. Sie drücken die Ansicht aus, daß sie erwarten, daß daraus Konsequenzen gezogen werden und der Bundesminister zurücktritt, um weiterhin in offener freundschaftlicher Zusammenarbeit mit den Ministern, mit den Abgeordneten, mit der Regierung arbeiten zu können.

Dr. Steiner

Was ist das nun für eine politische Gruppierung, die sich dieser Sache angenommen hat? — Alle politischen Gruppierungen im Europarat haben sich in der letzten Woche mit diesem Problem Frischenschlager befaßt, und einige davon haben eine eindeutige Stellung dazu bezogen. Es gab auch in der christlich-demokratischen Fraktion eine Welle der Empörung, und nur unserem Freund Blenk ist es zu verdanken, daß nicht hier auch noch Erklärungen abgegeben wurden, und zwar waren wir Österreicher der Meinung, daß wir den Scherbenhaufen, der angerichtet wurde, hier in diesem Hause zu behandeln haben und nicht in anderen Gremien. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Unterzeichner sind aus verschiedenen Nationen: 14 Franzosen, 6 Briten, 2 Spanier, 3 Italiener, 1 Holländer, 2 Belgier, 3 Luxemburger, 1 Grieche. Davon sind drei Viertel Sozialisten. Es sind auch Konservative, Liberale, Kommunisten und Unabhängige dabei.

Es wird vielleicht die Damen und Herren der SPÖ-Fraktion interessieren, welche Sozialisten im Europarat diese Deklaration unterschrieben haben. Erstens einmal der Präsident und zwei Vizepräsidenten der sozialistischen Gruppe, dann zwei Vizepräsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die Sozialisten sind, des weiteren von den Gaullisten der Präsident der Politischen Kommission, ein weiterer Sozialist, der zweite Vizepräsident der Politischen Kommission, der Präsident der Umwelt- und Regionalkommission, und es hat auch der Präsident der Flüchtlingskommission unterschrieben. Also immerhin Leute, die nicht irgend Dahergelaufene in diesem internationalen Gremium sind.

Und noch etwas: Nach einer Sitzung des Europarates sind mehrere Delegierte gekommen, besonders Niederländer, Belgier, aber auch Engländer, die sagten, unter solchen Umständen wollen sie nicht an einem Empfang des österreichischen Botschafters teilnehmen. Wir haben sie unsererseits darauf aufmerksam gemacht, daß sie nicht wegen dieses Fehlverhaltens des Ministers etwa eine Geste gegen Österreich setzen sollten.

Ein weiterer Vorfall von internationaler Bedeutung war in den letzten Tagen eine Sitzung des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Brüssel. Auch dort wurde vehement gegen die Haltung des Verteidigungsministers Stellung genommen.

Nun, bei einem solchen europäischen Echo

sagt der Herr Vizekanzler — ich zitiere —: Wenn die ÖVP den traurigen Mut aufbringt, von einem Schaden für die Demokratie zu sprechen, so ist das reiner Opportunismus. — Ich glaube, es ist ein schlechtes Zeugnis für eine Regierung, die die Realitäten ganz einfach nicht mehr sehen will. Der Herr Abgeordnete Schranz sagt zum Beispiel: Die Zurekennung der Entschuldigung Frischenschlagers bedeutet und sichert die internationale Reputation Österreichs. Herr Abgeordneter Schranz! Da sind Sie aber wirklich auf dem Holzweg. Davon kann überhaupt nicht die Rede sein. Dies ist genau die Haltung, warum uns Vorwürfe oder zynische Bemerkungen im Ausland treffen. Wir sind, kurz gesagt, wieder dort angelangt, wo Österreich wieder alle Hände voll zu tun haben wird, ein falsches und verzerrtes Österreichbild zurechtzurücken. Wieder wird es der Fall sein — es ist ja so weit gekommen —, daß in beschämender Weise Entschuldigungs- und Beknirschungstouren weltweit unternommen werden müssen.

Das in mühsamer, jahrzehntelanger Arbeit aufgebaute Prestige Österreichs ist durch diese Aktion in Frage gestellt worden; ein Prestige, das durch alle sieben Millionen Österreicher aufgebaut wurde und nicht allein durch einen einzigen Bundeskanzler, der sich das einredet.

Das Erfreuliche der letzten Tage ist die Haltung des Bundesheeres, das sich in großer Disziplin nicht in die Tagespolitik eingemischt, aber klar zu erkennen gegeben hat, wie fassungslos es der Aktion des Verteidigungsministers gegenübersteht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bei dieser klaren Haltung des Heeres ist es erst recht unverständlich, warum sich der Verteidigungsminister, bevor er umgeschnallt und sich zur Aktion nach Graz begeben hat, nicht mit erfahrenen Beamten und Offizieren besprochen hat. Wenn ein Minister und wenn eine Partei die politische Bedeutung und Wirkung eines solchen Schrittes nicht einschätzen kann und nicht einsehen will, dann haben sie nicht und hatten sie nie die Qualifikation für die Übernahme der Verantwortung im Staate. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wird vom Bundeskanzler und anderen Herren der Bundesregierung so getan, als wäre dieser „schwere politische Fehler“, wie ihn der Herr Bundeskanzler nennt, ein singuläres Ereignis oder als wäre der Verteidigungsminister von einem Ministerkollegen

6992

Nationalrat XVI. GP — 78. Sitzung — 1. Feber 1985

Dr. Steiner

sozusagen in die Sache hineingezogen worden. Und dann kommt immer wieder diese Bemerkung: Ja mein Gott, man müsse halt doch die Jugend des Ministers berücksichtigen.

Ich meine, die Bundesregierung ist ja nicht ein Betrieb, bei dem Lehrlinge eingestellt werden. Die Lehrzeit sollte doch wohl vorher abgedient werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und ich meine auch, die Naivität, von der in den letzten Tagen im Zusammenhang mit der Aktion Frischenschlager so oft die Rede war, und worin diese Naivität tatsächlich liegt, die da vorhanden sei, müßte eigentlich ein Kündigungsgrund für einen Bundesminister für Landesverteidigung sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Verteidigungsminister hat von einem Dienst gesprochen, den er dem Land mit seinem Verbleiben in der Regierung erwiesen habe. Ein Minister hat in erster Linie den Interessen unserer Republik zu dienen, nicht den Interessen einer Partei und vor allem auch nicht dem Interesse der Verlängerung des Siechtums einer ohnedies schon kaputten Koalition. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der beste Dienst, den der Bundesminister für Landesverteidigung in der gegenwärtigen Lage der Republik erweisen kann, das ist sein Rücktritt. Es wäre ein mutiger Schritt. Mut steht nicht nur den Soldaten gut an, Mut steht auch dem Verteidigungsminister sehr gut an. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die internationale Öffentlichkeit wird mit großem Interesse die nun bald folgende heutige Abstimmung in diesem Hause verfolgen. Dies sollten Sie, meine Damen und Herren der SPÖ-Fraktion, überdenken. Viele von Ihnen wissen es ohnehin sehr genau, welche Bedeutung dem zukommt, und ich weiß von sehr vielen von Ihnen, daß sie genauso denken wie ich. Ich fordere Sie auf: Lassen Sie die Interessen der Republik vor den Parteiinteressen gehen! Geben Sie Ihre Stimme dem Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei! *(Beifall bei der ÖVP.) 14.47*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Cap. Ich erteile es ihm.

14.47

Abgeordneter **Cap** (SPÖ): Ich möchte zuerst meine tiefe Betroffenheit zum Ausdruck bringen. Ich habe heute Telefongespräche mit Opfern des Nazifaschismus

geführt. Ich bekomme — wie viele hier — Briefe und Telegramme. Ich glaube, daß diese Diskussion hier in ihrem Stellenwert ganz wesentlich die Opfer, die Marzabotto bringen mußte, berücksichtigen muß.

Wir müssen hier an den latenten Antisemitismus denken. Wir müssen an die Jugend dieses Landes denken. Eigentlich hätte der heutige Tag die Chance gebracht, daß wir aufarbeiten, daß wir hier eine Diskussion führen über den Nationalsozialismus und seine Aufarbeitung in Österreich, über die Wiedereingliederung Ehemaliger in Politik, Wirtschaft und andere Bereiche. Und eigentlich müßte man sich hierherstellen und sagen: Die Verarbeitung dieses Themas, dieses Problems, dieses Teils unserer Geschichte ist uns in Wirklichkeit bis heute noch nicht vollständig gelungen.

Reder war ein Symbol und Reder ist ein Symbol. Er ist dieses Symbol geworden, weil es einen Wettlauf um seine Freilassung gegeben hat.

Herr Minister Frischenschlager! Sie erinnern sich, ich war einer derjenigen, der Sie auch einmal öffentlich gelobt hat. Das war damals, als Sie die Angelobung im KZ Mauthausen und im Karl Marx-Hof gemacht haben. Ich habe das getan in der Hoffnung, daß Sie Signale setzen können für eine liberale Entwicklung innerhalb der FPÖ.

Ich war schon etwas pessimistischer, als Sie über die Anbringung der Tafel in der Universität Graz Kommentare abgegeben haben. Sie wissen: „Die Opfer von 1934 bis 1955“ hat es plötzlich auf dieser Tafel geheißen.

Ich will auch bis heute noch nicht glauben, daß Sie einer nationalsozialistischen Gesinnung nahestehen. Ich habe auch nicht deswegen Ihren Rücktritt gefordert, weil ich glaube, daß Sie dieser Gesinnung nahestehen, aber Sie haben einen Schritt, eine Symbolik gesetzt, die in Wirklichkeit mit dem Amt eines Ministers der Zweiten Republik unvereinbar ist. Und ich bleibe daher auch dabei, daß ein freiwilliger Rücktritt eine richtige Antwort darauf gewesen wäre.

Ich muß auch hier an dieser Stelle sagen: Ich habe mir die Reden sehr genau angehört, vor allem die Rede des Vizekanzlers Steger und seinen Passus, daß es nichts zu distanzieren gibt, und ich finde, diese Rede war heute peinlich und unpassend. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte aber auch auf das allgemeine

Cap

Diskussionsklima eingehen, auf die Art und Weise, wie hier darüber diskutiert wird: mit Zwischenrufen, mit Bemerkungen, mit Gelächter, und ich schäme mich dafür, weil das Beispiel, das hier gegeben wird, vor allem gegenüber der Jugend unseres Landes, ein denkbar schlechtes Beispiel ist. Wir sollten hier versuchen, ein anderes Bild zu entwickeln.

Aber was mich noch mehr betroffen gemacht hat, das waren die Claqueure, das waren die öffentlichen Meinungen, die es dann noch dazu gegeben hat, das waren die Solidarisierungen, die es dann noch gegeben hat. Dafür schäme ich mich ganz besonders, daß das in der heutigen Zeit möglich war und mitgeholfen hat, dieses Bild zu entwickeln.

Ganz besonders hervorheben möchte ich Jörg Haider, der von Ihnen immer gehätschelt wurde in den Medien als der „große Gegenspieler dieser Koalition“ und der sich in der jetzigen Situation entpuppt hat als einer, der dieser Gesinnung der Ewiggestrigen offensichtlich wirklich nahesteht und der meiner Auffassung nach eine echte Gefährdung für die weitere demokratische Entwicklung darstellt.

Aber ich möchte hier auch etwas zu der Taktik, die die ÖVP eingeschlagen hat, einbringen. Wenn der Klubobmann der ÖVP, Dr. Mock, im ersten Moment sagte, es handle sich um eine politische Show, und dann im nächsten Moment plötzlich von der Einberufung einer Sondersitzung sprach, dann hat er weder im ersten noch im zweiten Moment die politische und moralische Dimension dieses symbolischen Schrittes begriffen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Denn was hat er sich anderes erwartet, als daß auf ein taktisches Spiel taktisch gegengepielt wird? Was haben Sie sich anderes erwartet, als daß es in der heutigen Sondersitzung — und bis jetzt bestätigt dies das Ergebnis — auch bei diesem ernsten Thema, das die Substanz unserer Demokratie, unserer Parteien, unserer Ideologien betrifft, nicht zu einer ernsthaften Aufarbeitung kommt, sondern daß das in übliches Hickhack, in Kleinkrämerei ausartet und daß es keinen Beitrag ... *(Abg. Staudinger: Das ist ja nicht wahr!)* Sagen Sie das, wenn Sie schon hier einen Zwischenruf machen, dem Abgeordneten Gorton zum Beispiel *(Beifall bei SPÖ und FPÖ)*, der hier sitzt, schweigt und die Glaubwürdigkeit Ihres heutigen Handelns in Wirklichkeit untergraben hat wie einige andere auch noch! *(Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich möchte Ihnen daher heute folgendes vorwerfen: Sie kennen die Gewissenskonflikte, die hier alle haben. Wir haben heute eine Klubsitzung gehabt, in der nach der Reihe Abgeordnete aufgestanden sind, der eine, der Verwandte in den Konzentrationslagern verloren hat, der andere, der selbst verhaftet wurde von der Gestapo. Nach der Reihe! Und ich finde es unverantwortlich, daß Sie hier ein Spiel mit unserem Gewissen veranstalten mit der Frage: Wer wird hier den Klubzwang durchbrechen und wer nicht? *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Heftige Zwischenrufe.)*

Wenn ich sage: taktisches Spiel, dann möchte ich das auch konkretisieren. *(Abg. Dr. Taus: Wie werden Sie abstimmen, Herr Abgeordneter? — Abg. Dr. Blenk: Die Arroganz des Außenseiters haben Sie!)* Auf der einen Seite ist die Regierungsmacht und auf der anderen Seite die Opposition. Und auf dem Rücken der Emotionen der Antifaschisten, auf dem Rücken der Opfer der Zeit von 1938 bis 1945 machen Sie das taktische Spiel: Wie komme ich wieder in die Regierung hinein? Und das ist widerlich, sage ich Ihnen, wirklich widerlich! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Taus: Wie werden Sie abstimmen, Herr Abgeordneter? — Abg. Staudinger: Das ist eine Rabulistik!)*

Die Emotionen, die Sie mit gelegt haben, können meiner Auffassung nach doch eines zumindest leisten — es hat „Club 2“-Diskussionen gegeben, und es wird jetzt in ganz Österreich diskutiert —, nämlich daß wir wieder stärker beginnen, dieses Thema aufzuarbeiten, uns diesem Thema zu stellen. Aber das bedeutet eine ehrliche Diskussion und auch Kritik gegenüber den eigenen Reihen.

Ich habe vorhin gesagt, wenn die Entnazifizierung in dem Ausmaß nicht funktioniert hat, wie ich das gerne gehabt hätte — als Junger kann ich das ja nur beurteilen aus den Erzählungen der Älteren —: die Wiedereingliederung der Ewiggestrigen, und nicht immer mit der Bedingung, daß sie ihre Gesinnung auch wirklich ablegen, und ich habe gesagt: in die gesamte politische Landschaft. Und diese Kritik möchte ich hier wirklich noch einmal mit Nachdruck einbringen!

Aber, bitte, ich lasse einen Eindruck nicht entstehen, nämlich den Eindruck, daß Sie heute die Chance haben zu differenzieren, daß es zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht oder neun Antifaschisten gibt, und die restlichen 80 sind keine Antifaschisten. Ich

6994

Nationalrat XVI. GP — 78. Sitzung — 1. Feber 1985

Cap

stelle fest: Hier sitzen Antifaschisten (*der Redner zeigt auf die SPÖ-Reihen*), und sie werden sich auch in Zukunft entsprechend ihrer Gesinnung verhalten! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.* — *Abg. Graf: Das ist ja direkt lächerlich!*)

Wenn es heute ein Votum, eine Abstimmung gibt, dann bedeutet das keine Solidarisierung mit den Äußerungen von Präsident Stix oder Jörg Haider oder Horst Schender oder wie sie alle heißen, dann bedeutet das auch keine Solidarisierung mit Frischenschlager, auch nicht mit den Claqueuren (*Abg. Steinbauer: Aber die Bettwärme der Koalition!*), die es hier gegeben hat, sondern dann ist das ein Votum gegen dieses taktische Spiel, das Sie hier eingeleitet haben, dann ist das ein Votum — und das möchte ich hier auch aussprechen und noch eindeutig einbringen — gegen die Verkommenheit der politischen Moral in Österreich, gegen die Verkommenheit auch der parteipolitischen Auseinandersetzungen, und zum Teil ist auch mein Votum, meine Rede hier gegen den Stil, wie hier politische Auseinandersetzungen stattzufinden pflegen. (*Abg. Graf: Legen Sie Ihr Mandat zurück, wenn Sie sich hier nicht wohlfühlen!*)

Wenn Sie hier Zwischenreden machen und wenn Sie glauben, daß es gut ist, dieses Thema für diese Art von Zwischenreden zu mißbrauchen (*Abg. Graf: Aber natürlich! Ihre Rede provoziert mich dazu! Legen Sie Ihr Mandat zurück, Sie Lehrmeister der Demokratie!*), so bitte ich Sie, eines in Zukunft zu berücksichtigen: Es gibt Themen, wo man sich sehr wohl in Rededuellen und Redeschlachten und in Klein-klein auseinandersetzen kann. Mag sein, daß das eine oder andere tagespolitische Thema vielleicht das Salz in der Suppe ist; mag sein. Aber bei diesem Thema mit dieser Sensibilität möchte ich mit aller Vehemenz dagegen auftreten: Das darf nicht sein! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 14.59

Präsident Mag. **Minkowitsch:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Marsch. Ich erteile es ihm.

14.59

Abgeordneter **Marsch (SPÖ):** Hohes Haus! Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn es der ÖVP wirklich so ernst wäre, wie sie es heute vorgibt, so müßte sie doch die Widersprüchlichkeiten in ihren eigenen Reihen aufzeigen und ihnen ein Ende bereiten. Das Thema ist zu ernst, als daß man hier einfach mit Demagogie und mit Spott antworten kann.

Sehr geehrte Damen und Herren von der ÖVP! Sie verurteilen den Mann, der Reder die Hand gegeben hat, und sagen, er solle gehen. Sie goutieren die Haltung des Stellvertretenden Parteibmanns der ÖVP, der diesem Kriegsverbrecher mit Rat und Tat zur Seite stehen will. Sie behaupten, wie es der Generalsekretär der ÖVP tut, der Verteidigungsminister habe das Bundesheer in die Nähe der SS gebracht. Und auf der anderen Seite sagt Ihr Kärntner Parteibmann: Wir haben für diesen Herrn Reder einen Arbeitsplatz, eine eingerichtete Wohnung, und auch für eine Jagdhütte ist gesorgt. — Sehen Sie nicht selbst den Widerspruch, den Sie damit liefern?

Ich gehe jetzt gar nicht so weit zurück; eine Reihe von denen, die hier sitzen, können sich noch erinnern: Heute werfen Sie das dem Herrn Verteidigungsminister vor, was er getan hat, was wir — und das ist ausdrücklich gesagt worden — als schweren politischen Fehler bezeichnen. Aber, meine Damen und Herren, so lange ist es nicht her, da waren Sie noch stolz, daß man einen Kriegsverbrecher — ich denke an den General Windisch, der von den Jugoslawen zum Tode verurteilt, dann zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit begnadigt und nur wegen seiner schweren Krankheit dann vorzeitig entlassen wurde — durch den damaligen Landesverteidigungsminister, damals war er noch Staatssekretär im Innenministerium, Herrn Graf, eingeholt hat.

Und ich denke an die Zeilen, die Sie damals geschrieben haben: „Zu einer Zeit also“ — wie es da heißt —, „da eine gewisse Presse mit Nachdruck von Kriegsverbrechern sprach“ — der ja Windisch war, bitte! —, „holte der heutige Bundesminister für Landesverteidigung“ — so heißt es in der Zeitung „Der Soldat“ aus dem Jahr 1957 — „und der damalige Staatssekretär im Innenministerium Ferdinand Graf den eben aus jugoslawischer Gefangenschaft heimgekehrten Sieger von Narvik, General Alois Windisch, am Grenzbahnhof Rosenbach ab und hieß ihn in der Heimat herzlich willkommen.“ — Da ist das Bild dazu. (*Redner weist es vor.*)

Ich weiß schon, daß auch ein Unterschied ist zwischen einem SS-Offizier und einem General, aber, meine Damen und Herren, Sie waren darauf stolz, als Sie damals einen Kriegsverbrecher abgeholt haben, und daran müssen Sie, bitte, auch denken! Ich möchte nicht gegenseitig Schuld vorrechnen. Aber in einer solchen Weise eine Debatte zu führen, alles andere zu unterdrücken, was Sie selbst in Ihren Widersprüchlichkeiten getan haben — damals, heute, in der letzten Zeit —, das ist

Marsch

zuviel, meine Damen und Herren, und damit haben Sie diesem Parlament wahrlich keinen guten Dienst erwiesen! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Denn darin — und das hat mein Vorredner gesagt —, darin läge wirklich eine Chance, das Thema dorthin zu lenken, wo es hingehört. Es wollte der Zufall des zeitlichen Zusammenfalles, und damit hat der Herr Bundeskanzler begonnen, als er in der Sitzung des Jüdischen Weltkongresses die Feststellung und Entschuldigung dort vorgebracht hat für das, was geschehen ist. Das hat jenen, die so viele Opfer in ihren Reihen gehabt haben, genügt, und man hat es damit bewenden lassen.

Ihr Parteiobmann sagte, man solle keine Politshow machen. Ihr Parteiobmann sagte, man werde das nicht politisch nützen. Und was Sie in den letzten Tagen und heute gezeigt haben, ist das Gegenteil!

Meine Damen und Herren! Aber es ist nicht nur das eine, was der Herr Bundeskanzler getan hat, ich erwähne noch ein zweites Beispiel. Ich glaube, unsere „Kinderfreunde“ — die Familienministerin, Frau Sandner, ist ja die Vorsitzende dieser großartigen Organisation — haben ein Zeichen der Versöhnung gesetzt und werden eine soziale Einrichtung für Kinder in Marzabotto schaffen.

Und ich kann Ihnen sagen, weil ich selbst Teilnehmer einer Konferenz unserer Vertrauensleute in Wiener Neustadt war, daß eine Wiener Neustädter Gemeinde eine Freundschaft und Partnerschaft mit Marzabotto beginnen wird und dazu einladen wird — angesichts dieser Schrecken, die damals geschehen sind, und dieses Verbrechens, das damals geschehen ist —, von österreichischer Seite her — aber wir waren nicht kriegführende Nation, das möchte ich dazusagen! —, von österreichischer Seite her ein Zeichen zu setzen.

Sehr geschätzte Damen und Herren! Überlegen Sie sich auch eines: Da hat der Herr Unterrichtsminister, damals der Herr Unterrichtsminister Sinowatz, in Fortsetzung der Herr Unterrichtsminister Moritz, im Zeitgeschichte-Unterricht Medienkoffer eingeführt und andere Einrichtungen, durch die unsere Schüler, unsere Jugend die Gefahren aus der Vergangenheit erkennen und aus ihnen lernen sollen. Ich schlage Ihnen eines vor — und das sage ich besonders an die Salzburger Abgeordneten dieses Hauses von der ÖVP-Seite —: Kommen Sie und gehen Sie zu Ihrem

Präsidenten des Landesschulrates, dem Herrn Landeshauptmann Haslauer, und sagen Sie ihm, er möchte auch in den Schulen von Salzburg die Möglichkeit dafür geben, daß wir unserer heutigen Nachfolgegeneration, den Schülern der Hauptschulen und der Mittelschulen, die Gelegenheit geben, aus dieser Vergangenheit zu lernen! Das wäre ein wahrer Dienst, den Sie damit auch an unserer Geschichte tun könnten.

Meine Damen und Herren! Ich glaube — ich möchte das heute nicht unterlassen, weil es aus verschiedenen Ecken Europas gekommen ist, daß man uns einiges nachgesagt und unterstellt hat —, man soll sich in der europäischen Welt in Erinnerung rufen, daß Österreich das erste Opfer des Hitler-Faschismus war und seine Selbständigkeit verloren hat, und nicht Österreich hat den Krieg geführt, wie ich es schon gesagt habe, weil es unseren Staat gar nicht gegeben hat. Aber Österreich hat jenen Gruppen von Menschen in den letzten drei Jahrzehnten so sehr geholfen, in die Freiheit zu gelangen, wie kein anderer Staat in Europa! Ich glaube, das muß man heute auch feststellen, wenn man dann die Berichte aus den ausländischen Zeitungen hört.

Und ich darf sagen: Die ersten diesbezüglichen Berichterstattungen in den ausländischen Zeitungen waren ja Berichte über Österreich, über die Ereignisse in Österreich. Und aus diesen Berichten wurden dann die Kommentare der ausländischen Zeitungen gemacht.

So haben wir in diesen Tagen — auch das war eine der Grundlagen unserer Entscheidung — sehr aufmerksam auf die Stimmen der Bürger in diesem Lande geachtet, in unserer Partei, in Österreich überhaupt. Ebenso aufmerksam haben wir Stimmen aus dem Ausland registriert, die zu dieser in ihrer Essenz österreichischen Frage generell Stellung genommen haben. Herr Kollege Steiner, ich glaube, da haben Sie es sich ein bißchen zu leicht gemacht, denn es ist auch eine Tatsache, daß zum Beispiel heute im Europarat drei der Unterzeichner bereits ihre Unterschrift zurückgezogen haben, nachdem sie informiert wurden, wie es wirklich ist.

Aber ich möchte sagen: So wie wir bereit sind, uns mit der öffentlichen Meinung unseres Landes auseinanderzusetzen, so sind wir auch bereit, uns mit der internationalen öffentlichen Meinung auseinanderzusetzen, mit allen jenen, die in diesen Tagen ernste Besorgnis geäußert haben. Dies allerdings nur dann, wenn sich in eine solche Kritik

Marsch

nicht Töne einschleichen, wie wir sie etwa heute in der ansonsten so ausgewogen berichtenden Pariser Tageszeitung „Le Monde“ lesen mußten. Wenn nämlich diese Zeitung in ihrem Leitartikel behauptet, daß „Antisemitismus und Pangermanismus“ — ich zitiere jetzt —, „wie man weiß, nach wie vor Teile der österreichischen Geisteshaltung“ seien, dann müssen wir eine solche globale Beschimpfung zurückweisen! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Mit Kritik, besonders von Freunden, werden wir uns auseinandersetzen. Beschimpfungen dagegen weisen wir mit Empörung zurück!

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Jawohl: Wir werden manches zur Wiedergutmachung zu tun haben, und das wird auch geschehen, so wie es der Herr Bundeskanzler bereits getan hat.

Aber Ihre Haltung heute, meine Damen und Herren, trägt wenig dazu bei.

Und lassen Sie sich auch das sagen: Es wäre dem Ernst der Stunde und der Situation und dem Ansehen Österreichs mehr genützt, wenn Sie sich hier anders verhalten hätten! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 15.11

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Neisser. Ich erteile es ihm.

15.11

Abgeordneter Dr. **Neisser** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese heutige Diskussion berührt mich in vielen persönlichen Auffassungen, sodaß ich um Ihr Verständnis dafür bitte, daß ich, entgegen einer parlamentarischen Übung, meinen Diskussionsbeitrag mit einigen ganz persönlichen Bemerkungen beginne.

Meine Damen und Herren! Ich gehöre einer Generation an, für die der Zweite Weltkrieg ein Teil ihres Kindheitserlebnisses war. Mir hat es ein gütiges Geschick erspart, selbst Opfer des damaligen Systems zu sein, und auch meiner Familie blieb das erspart. Für mich ist die Zeit 1938 bis 1945 ein Teil der Geschichte, allerdings nicht einer Geschichte, die ich bloß als Faktum zur Kenntnis nehme, sondern die auch ich, glaube ich, aufzuarbeiten habe. Und damit trennt mich in einem ganz wesentlichen Punkt meine politische Auffassung von der des Herrn Vizekanzlers Dr. Steger, der heute gemeint hat, die Aufar-

beitung dieser Probleme sei Sache der davon Betroffenen.

Herr Dr. Steger: Keineswegs! Die Aufarbeitung der Geschichte — sie wurde heute mehrfach gefordert — ist ein Anliegen für uns alle, auch für die jüngeren Generationen, in besonderer Weise für diejenigen, die politische Verantwortung in diesem Staat tragen.

Ich möchte auch hier in aller Deutlichkeit sagen: Diese Aufarbeitung der Geschichte kann für mich nicht nur darin bestehen, geschichtliche Vorgänge unter einem Rechtfertigungszwang zu erklären und zur Kenntnis zu nehmen, sondern das bedeutet eine höchstpersönliche Beurteilung der Geschichte unter Zugrundelegung eines bestimmten Unrechtsbewußtseins.

Es ist für mich persönlich keine Frage, daß diese Aufgabe der Aufarbeitung der Geschichte eine aktuelle Herausforderung für uns alle ist, und die Diskussion um das heutige Thema beweist es nicht zuletzt.

Meine Damen und Herren! Ich halte nichts von einem Revanchismus, der nicht in der Lage ist zu verzeihen. Und ich habe vor jedem Respekt, am meisten vor denjenigen, die die Opfer dieses Regimes waren, die in der Lage sind zu einem Akt echter menschlicher Verzeihung. Ich habe Respekt auch vor denjenigen, die damals in diesem Regime verblendet waren und sich engagiert haben und die nachher klüger geworden sind. Ich habe Respekt vor ihnen. Sie sitzen in allen drei Parteien. Das soll man auch einmal ganz offen sagen.

Wofür ich kein Verständnis habe, meine Damen und Herren, sind die Ewiggestrigen, die hie und da immer wieder zum Vorschein kommen. Und mein Verständnis reduziert sich völlig auf Null, wenn man phasenweise den Eindruck hat, daß diese Ewiggestrigen nicht nur in den hinteren Wäldern sitzen, sondern unter Umständen sogar auch in politischen Gremien tätig und sichtbar werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, daß das Anliegen der Humanität auch im Fall Reder ein selbstverständliches Anliegen ist. Die Freilassung Walter Reders war ein humanitärer Akt, für den sich viele eingesetzt haben. Der Empfang durch den Verteidigungsminister hat mit Humanität nichts zu tun. Wobei ich Ihnen gleich sagen möchte, meine Damen und Herren, daß es mir egal ist, ob das „Empfang“, „Übernahme“, „Eskorte“ heißt. Die Tatsache, daß ein österreichischer Verteidigungsminister Walter

Dr. Neisser

Reder begleitet hat, in Obhut genommen hat, ist für mich allein schon Symptom einer Instinktlosigkeit sondergleichen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte noch etwas sagen. Die heutige Diskussion ist für mich eine höchstpersönliche Frage, und es spielt für mich keine Rolle, ob mein Standpunkt durch Meinungsumfragen zu legitimieren ist oder nicht. Selbst wenn ich wüßte, daß ein Großteil der österreichischen Öffentlichkeit nicht meiner Meinung ist, müßte ich diese Diskussion heute in der Form, wie ich es nun tun will, führen.

Meine Damen und Herren! Der Verteidigungsminister dieser Republik ist für mich als Verteidigungsminister untragbar. Untragbar schon allein deshalb, weil er in einem Fall, der, wenn man genügend Instinkt gehabt hätte, problemlos über die Bühne gegangen wäre, bewiesen hat, daß er instinktlos ist. Und das Urteil hat eigentlich, Herr Verteidigungsminister, Ihr Parteiobmann gesprochen, als er in einer seiner ersten Reaktionen gesagt hat, es handle sich um einen Einschätzungsfehler.

Meine Damen und Herren in diesem Haus! Sind Sie sich bewußt, was es heißt, einen Verteidigungsminister zu haben, der permanent Gefahr läuft, Einschätzungsfehlern zu unterliegen?

Herr Verteidigungsminister! Ihnen hat dieses Land, diese Verfassung eine sehr qualifizierte Aufgabe übertragen. Sie sind nicht nur für die nationale Sicherheit verantwortlich, sondern Ihr Verhalten ist auch entscheidend dafür und wird maßgeblich danach beurteilt, wie Sie dieses Land im Ausland repräsentieren.

Ich möchte hier ganz deutlich sagen: Ich gehöre nicht zu den Politikern, die sich vom Ausland vorschreiben lassen, wie sie das Ansehen ihres Landes zu vertreten haben. Aber es ist für mich als Parlamentarier und Politiker eine selbstverständliche Pflicht, daß es mir nicht egal sein kann, welches Ansehen dieses neutrale Österreich in der internationalen Gemeinschaft hat! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Verteidigungsminister! Das ändert nichts an Ihrer persönlichen Intellektualität, das ändert nichts an Ihrem zeitweise redlichen Bemühen, für eine sinnvolle Wehrpolitik einzutreten. Es ist eine Frage Ihrer persönlichen Eignung. Und ein Mann, der, wie ich glaube, zuwenig Augenmaß hat, dem es an dem erforderlichen politischen Instinkt fehlt,

der soll seine politische Position in vielen anderen Bereichen haben, aber er soll nicht Verteidigungsminister dieser Republik sein. In dieser Funktion kann er nämlich eines Tages vor die Aufgabe gestellt werden, binnen zwei Stunden, so wie Sie es im Falle Reder tun mußten, zu entscheiden, ob dieses Land verteidigt werden soll oder nicht.

Ich möchte das nicht — wir tun damit der Sicherheit dieses Landes keinen guten Dienst — in dem Bewußtsein tun, daß ein Mann an der Spitze steht, der offensichtlich dieser seiner möglichen Aufgabe nicht gewachsen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Das ist ganz zentral natürlich auch eine Frage, die an Sie zu richten ist: Ist Ihnen bewußt, daß der Verteidigungsminister offensichtlich nicht in der Lage ist, derartige sensible Situationen von sich aus zu bewältigen?

Sie haben einmal gesagt, als Sie auf sein Verhalten angesprochen wurden: Es war eine autonome Entscheidung des Verteidigungsministers, über die ich vorher nicht informiert war.

Ja Herr Bundeskanzler, das ist ja geradezu ein Armutszeugnis in Ihrer Funktion als Regierungschef. In dieser wesentlichen Frage sind Sie offensichtlich nicht nur von einem, sondern sogar von zwei Ressortministern, vom Verteidigungsminister und vom Außenminister, nicht informiert worden. Das müßte Sie doch nachdenklich stimmen.

Und, meine Damen und Herren, was an diesem Falle so nachdenklich stimmt, ja geradezu erschütternd ist, Herr Verteidigungsminister: In jedem anderen Land mit der Form einer westlichen Demokratie wäre es wahrscheinlich eine Usance, daß der Verteidigungsminister von sich aus geht. Das ist ein Zeichen einer politischen Kultur. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist ja nicht nur Ihr Fehlverhalten im Falle Reder selbst gewesen, sondern ich war ein bißchen erschüttert, als ich Ihre ersten Rechtfertigungsversuche danach gehört habe, als Sie gesagt haben, Sie seien nicht als Regierungsmitglied dort gewesen, und das Bundesheer sei nur aus technischen Gründen eingeschaltet worden.

Ja Herr Verteidigungsminister, was bedeutet das? Bedeutet das, daß ein FPÖ-Politiker das Bundesheer sozusagen aus technischen Gründen mitnimmt? Das läßt sich nicht tren-

6998

Nationalrat XVI. GP — 78. Sitzung — 1. Feber 1985

Dr. Neisser

nen, bitte! Sie sind als Verteidigungsminister dieser Republik dort gewesen und haben das Bundesheer für diesen Fall benützt! Das ist völlig klar.

Und Herr Bundeskanzler, ich würde Ihnen raten, daß Sie manches in dem Bericht, den Sie heute dem Parlament vorgetragen haben, noch einmal kritisch nachprüfen lassen. Vielleicht würden Sie draufkommen, daß das Mittagessen in der Martinek-Kaserne nicht eine Versorgung in der Heeressanitätsstation war, sondern ein gepflegtes, organisiertes Mahl in der Bibliothek. Das ist eine Kleinigkeit, aber eine kleine Facette, die dafür spricht, wie man versucht, jetzt in diesem Bericht die Dinge herunterzuspielen.

Meine Damen und Herren! Dieser Vorfall um Walter Reder ist aber nicht nur ein Fall Frischenschlager, sondern er ist — und das möchte ich hier am Schluß dieser Debatte noch einmal mit aller Deutlichkeit sagen — ein Fall der Freiheitlichen Partei Österreichs.

Wenn man glauben konnte, daß hier vielleicht manche Mißverständnisse aufgeklärt werden, so ist es geradezu erschütternd, am Schluß dieser Debatte feststellen zu müssen, daß der Hauptredner der Freiheitlichen Partei heute in dieser Diskussion den Satz gesagt hat: Wir Freiheitlichen brauchen uns von nichts distanzieren.

Herr Dr. Steger! Ist das wirklich Ihre einzige Erkenntnis? Verzeihen Sie, ich bin es leid, mich mit Ihren Reden auseinanderzusetzen. (*Abg. Dr. Steger: Sie zitieren es ohnehin falsch!*) Das habe ich mitgeschrieben! Seitdem Sie in der Regierung sind, ist das Wort „Mißverständnis“ geradezu zum inflationären Gebrauch geworden. Es gibt nur mehr Mißverständnisse! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der geistige und politische Gehalt Ihrer heutigen Ausführungen spricht für sich selbst, ich will mich damit nicht auseinanderzusetzen.

Nur, Herr Abgeordneter Dr. Steger, eine Bitte darf ich an Sie richten: Wenn Sie noch jemals von diesem Pult reden, verwenden Sie nicht das Wort „Glaubwürdigkeit“, auch nicht in dem Zusammenhang, daß Sie jemandem anderen den Mangel an Glaubwürdigkeit vorwerfen. Denn wenn jemand die Tatsache, daß er heute von diesem Pult reden darf, nur dem Umstand verdankt, daß er ein schriftlich dem Wähler gegebenes Versprechen, sein Mandat zurückzulegen, nicht eingehalten hat, dann soll er über alles reden, von mir aus auch über

die Glaubwürdigkeit, aber nicht von diesem Pult aus, Herr Vizekanzler! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was mich persönlich mehr als unangenehm berührt, meine Damen und Herren, ist nicht das Verhalten einzelner FPÖ-Politiker, jetzt getrennt gesehen, sondern die Art und Weise, wie die Solidarisierung mit dem Verhalten des Verteidigungsministers erfolgte. Parteifreunde bescheinigen ihm Mut, weil er Reder höchstpersönlich eingeholt hat. Die FPÖ Salzburg unterstützt ihn — nicht einfach, voll und ganz. Der sozialistische Landesparteiobmann Radlegger hat dafür den Begriff „Skandal“ verwendet. Der Kärntner FPÖ-Landesparteiobmann — auch das wurde heute schon gesagt — bezeichnet die Haltung Frischenschlagers als vorbildlich. Frischenschlager habe einen Soldaten empfangen, der im Krieg für sein Vaterland Dienste geleistet hat.

Meine Damen und Herren! Was mich nachdenklich stimmt, ist diese Emphase, diese Euphorie, mit der diese Unterstützung erfolgt ist. Es ist nicht ein einfacher Versuch, sich mit jemandem politisch zu solidarisieren, damit er nicht allein dasteht. Dafür habe ich aus dem Gesichtspunkt und der Perspektive der Parteisolidarität sogar, sage ich Ihnen, ein gewisses Verständnis. Aber nicht für diese innere Anteilnahme, mit der diese Billigung erfolgt! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun kann man also hier sagen: Das sind Stellungnahmen von Parteiorganisationen, in diesen Parteiorganisationen sitzen halt noch die Ewiggestrigen, der Reinigungsprozeß hat nicht so weit durchgeschlagen. Das ist primär die Sache der Freiheitlichen Partei Österreichs.

Nicht mehr die Sache der Freiheitlichen Partei Österreichs ist es, meine Damen und Herren, wenn Repräsentanten dieser Republik in einer Art und Weise dazu Stellung nehmen, die ich nicht mehr billigen kann.

Mir ist es einfach nicht egal, wenn es in dieser Regierung einen Justizminister gibt, der in schon charakteristischer juristischer Leichtfertigkeit die Sache löst, indem er sagt, das Landesverteidigungsministerium war zuständig, der hin und wieder durch seine — wie mir scheint — krausen Ideen die Programmdiskussion der FPÖ überhaupt völlig auf die Spitze treibt.

Und mir ist es auch nicht egal, wie Sie sich, Herr Präsident Stix — das muß ich sagen, bei aller persönlichen Wertschätzung, die ich

Dr. Neisser

immer für Sie gehabt habe —, in diesem Fall verhalten haben. Sie sind für mich persönlich nicht Chef der Tiroler FPÖ, sondern Präsident des österreichischen Nationalrates. Sie repräsentieren dieses Parlament. Ich bin davon nur ein Hundertdreiundachtzigstel, aber ich bin nicht mehr und nicht weniger wert als die anderen 182, die hier in diesem Saal sitzen.

Herr Präsident! Ich habe Anspruch darauf, daß dieses Parlament durch Sie in einer Art und Weise repräsentiert wird, wie ich es geistig billigen kann. Und ich hätte mir von Ihnen in dieser Sache — ich möchte das als Wunsch für die Zukunft sehr deutlich sagen — viel mehr Augenmaß und Verantwortungsbewußtsein für Ihre Staatsfunktion gewünscht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

„Wir Freiheitlichen haben uns von nichts zu distanzieren“. — Herr Dr. Steger, Sie haben heute wieder das große Plädoyer der Liberalen in Österreich gehalten. Ich habe das schon zweimal in diesem Haus gesagt und ich sage es wieder: Ich bedaure es, daß es in Österreich einen echten Liberalismus nicht gibt. Die politische Landschaft brauchte ihn, das gebe ich Ihnen zu. Aber verzeihen Sie: Sie sind für mich nicht der Repräsentant!

Und daß Sie das selbst erkennen, bitte, das beweist Ihnen Ihr Parteifreund Frischenschlager. Ich darf Ihnen aus einer Publikation von ihm einen Satz vorlesen. Frischenschlager und Reiter haben im vergangenen Jahr ein Buch publiziert „Liberalismus in Europa“. Und da kommt beim Kapitel „Die Zukunft der liberalen Parteien“ der Satz vor:

„Um sich der Zukunftschancen liberaler Parteien bewußt zu werden, kann in Anbetracht des offenkundigen transnationalen Liberalismusbedarfes die Unterstellung gewagt werden, daß überall dort, wo eine liberale Partei in ihrer Existenz bedroht ist, eigenes Verschulden der jeweiligen Führungskräfte vorliegen dürfte.“

Das ist eine bemerkenswerte Selbsterkenntnis und offensichtlich eine Prophetie über Ihre eigene weitere zukünftige Entwicklung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber die heutige Debatte nicht vorübergehen lassen, ohne mich mit dem mehrfach gehörten Argument auseinanderzusetzen, Sie können unserem Antrag nicht zustimmen, denn das Ganze sei ein taktisches Manöver der ÖVP.

Nun, daß es nur so taktisch ist, das glaube ich Ihnen einfach nicht. Ich glaube es Ihnen nicht, Herr Dr. Schranz, daß Sie das aus taktischen Gründen heute ablehnen müssen. Das muß ja für Sie eine Gewissensfrage sein! Sie waren ja einer der ersten in Ihrer Partei, der sofort reagiert hat und gesagt hat: Das ist keine humanitäre Vorgangsweise des Ministers, sondern das ist eine provokante politische Demonstration!

Die Frau Abgeordnete Offenbeck war sprachlos. Mir tut es leid, daß sie heute nicht da ist; ich würde von ihr annehmen, daß sie unserem Antrag zustimmen würde — wenn sie nicht stimmlos wäre dadurch, daß sie nicht da ist.

Meine Damen und Herren! Ich will nicht die anderen Repräsentanten der Sozialistischen Partei zitieren, den Wiener Bürgermeister, der das als Politshow qualifiziert hat.

Herr Bundeskanzler! Sie sollten auch ein bißchen mehr nachdenken über das, was Ihr Finanzminister in einem Zeitungsinterview gesagt hat und was Sie nachdenklich stimmen sollte, als er gemeint hat, die Reaktionen der internationalen Finanzwelt seien deshalb bedenklich, weil wir dort bisher einen erstklassigen Ruf hatten. Und er würde den Kollegen Frischenschlager einladen, sich einmal die wirtschafts- und sozialpolitischen Auswirkungen seiner Aktion gründlich zu überlegen.

Ich möchte aber hier noch einmal alle jene Abgeordneten aufrufen und an sie persönlich appellieren, die in einer unmißverständlichen Weise erklärt haben, daß das Verhalten Frischenschlagers untragbar ist.

Herr Abgeordneter Nowotny! In der „Arbeiter-Zeitung“ war ein Leserbrief von Ihnen zu lesen, in dem Sie gemeint haben, Sie schämen sich für einen Verteidigungsminister, der durch sein Verhalten im Fall Reder dem Ansehen der Republik Österreich und auch dem der Bundesrepublik schwersten Schaden zugefügt hat.

Das ist unsere Argumentation, Herr Professor Nowotny! Und es wäre eigentlich, wenn Sie Ihr Abstimmungsverhalten mit Ihrer Überzeugung übereinstimmen, selbstverständlich, daß Sie heute mit uns mitstimmen.

Auch der Ing. Nedwed hat in einer ersten Reaktion gesagt, das Ganze sei ein negativer Beitrag zum bevorstehenden 40. Jahrestag der Befreiung Österreichs von der Nazi-Herrschaft. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Und er hat

7000

Nationalrat XVI. GP — 78. Sitzung — 1. Feber 1985

Dr. Neisser

gleich gesagt, daß die Proteste aller demokratischen Kräfte, Herr Collega, aus welcher Parteirichtung immer sie kommen, eine ernste Warnung an Frischenschlager sein sollten.

Und in unserer Runde sitzt der Abgeordnete Guggenberger, der wortwörtlich gesagt hat: Im Moment kann ich mir schwer vorstellen, für Frischenschlager zu stimmen, aber es gibt Zwänge. Wenn ich für ihn stimme, weiß man, daß ich mich dem Druck gebeugt habe.

Meine Damen und Herren! Das kann ja für Sie keine Situation sein, die Sie zur Kenntnis nehmen! *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Cap! Ich muß mich heute doch ein bißchen auch mit Ihrer Rede auseinandersetzen. Sie waren auch einer der ersten, die sofort protestiert und gesagt haben, die von Frischenschlager zur Schau gestellte Gesinnung ist mit dem Amt eines Ministers nicht vereinbar. Ich verstehe schon, daß es Ihnen offensichtlich nicht über die Leber laufen kann, daß Sie einem Antrag der Österreichischen Volkspartei Ihre Zustimmung geben. Nur: Daß Sie heute aufstehen und nein dazu sagen, das ist keine Antwort, Herr Abgeordneter Cap!

Ich möchte Ihnen ganz deutlich etwas sagen: Ihre heutige Rede war eines der enttäuschendsten Dinge, die ich in diesem Haus von Ihnen jemals erlebt habe. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie werfen uns ein taktisches Spiel vor. Ihre Rede heute war genau das klassische Beispiel eines taktischen Spiels! Wenn jemand in der eigenen Partei sich nicht durchsetzt, mit seinem eigenen Gewissen nicht fertig wird, muß er den politischen Gegner angreifen und ihm alles mögliche unterstellen. Das ist politische Taktik, Herr Kollege Cap! *(Zwischenruf.)*

Ich bitte Sie, in Zukunft einmal in einer Rede eine gewisse Aufklärung über Ihre letzten Sätze zu geben, die Sie heute in diesem Haus gesagt haben. Der letzte Satz war: Das darf nicht sein! — Herr Abgeordneter Cap: Was darf nicht sein? Es darf nicht sein, daß die Opposition in diesem Haus einen Mißtrauensantrag stellt? *(Abg. Dr. Zittmayr: Genau!)* Es darf nicht sein, daß die Opposition in diesem Haus eine Diskussion verlangt, die wir nicht nur Österreich, sondern auch der internationalen Welt schuldig sind? Herr Abgeordneter Cap, Sie haben schon aufzuklären, mit welchem Parlamentsverständnis Sie

in diesem Haus sitzen! *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Wie Sie Ihren 62 000 Vorzugsstimmen Ihr Verhalten hier im Haus erklären, das ist Ihre Sache. Aber ich möchte Sie schon bitten, in Zukunft in Ihren Äußerungen, die ja manchmal an Präzision nichts zu wünschen übriglassen, auch dann deutlich zu werden, wenn es um eine Grundposition des parlamentarischen Systems und der Funktion dieses Parlaments hier geht.

Ihre Beteuerung, daß in Ihrer Partei 90 Antifaschisten sitzen: Ich will sie zur Kenntnis nehmen. Ich hoffe, daß in diesem Haus nur Antifaschisten sitzen! Das ist meine Hoffnung.

Aber das sind alles verbale Ausflüchte, Herr Kollege Cap. Wenn Sie wirklich Mut hätten — allerdings nicht den, den Ihnen Ihr Klubobmann verordnet hat, indem er gesagt hat, Mut zu haben heißt, sich der einheitlichen Linie zu unterwerfen —, so würden Sie heute mit uns stimmen, und wir werden uns Ihr Abstimmungsverhalten genau anschauen.

Und es muß doch eine persönliche Frage für die Frau Kollegin Ederer, für den Kollegen Konečný, für Sie, Herr Cap, und wie Sie alle hier heißen, sein, hier heute einfach der Parteiräson zu folgen und mitzutun. Sie hätten hier die Chance — und ich sage Ihnen, ich habe es am Anfang deshalb gesagt: Es ist für mich ein Problem und eine Diskussion, die mich persönlich ganz berührt! —, auch einmal zu zeigen, daß Parlamentarismus mehr ist als ein Verhalten nach vorgegebenen politischen Zwängen und Regeln! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Peinlichkeit Ihrer Situation wird Ihnen nicht erspart bleiben. Herr Klubobmann Wille, Sie haben versucht, die Leute zu beruhigen, Sie haben versucht, sie auf eine bestimmte Linie zu bringen. Die Koalition ist gerettet — das ist Ihr momentanes Hosianna —, wobei ich mich bei Ihrer Argumentation in manchem gefragt habe: Kann das wirklich Ihr Standpunkt sein? Sie waren insofern offen, als Sie als einer der wenigen in der Partei gesagt haben: Wir mußten das machen, weil wir die Koalition erhalten haben wollen! — Als man Sie gefragt hat, warum der Minister Lacina zurücktreten wollte, haben Sie im Pressedienst Ihrer Partei erklärt, Sie verstünden seine Haltung nicht, weil man doch koalitionsfähig sein müsse. Ja wenn das, Herr Klubobmann Wille, die oberste Maxime Ihres politischen Verhaltens ist, dann wird vieles anders ausschauen! Unsere ist es nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Neisser

Ich habe auch Ihren Satz nicht verstanden, daß nicht diejenigen die größten Helden sind, die mit ihrer eigenen Meinung Politik machen, sondern es gehört auch Mut dazu, sich einzuordnen. Herr Klubobmann Wille! Ich bin hier völlig gegenteiliger Auffassung. Vielleicht gehört auch Mut zum Einordnen, das mag schon sein, es hängt immer von der Brutalität des Zugriffs einer Partei ab, aber es gehört sicher mehr Mut dazu, eine individuelle persönliche Meinung in einer Partei zu vertreten und durchzusetzen.

Ich verstehe auch viele andere Stimmen aus dem Kreis Ihrer Partei nicht. Ich habe gestern gelesen, daß der Landeshauptmann Wagner etwa gemeint hat, es kann doch nicht so sein, daß ein SS-Sturmbannführer die Regierung im 40. Jahr der Zweiten Republik nach Hause schickt, damit würden wir uns in der ganzen Welt lächerlich machen. — Der Landeshauptmann Wagner hat hier ein bisschen überzogen. Es war ja eigentlich nicht die Rede davon, daß die ganze Regierung nach Haus geschickt wird (*Abg. Graf: Aber das wäre nicht schlecht!*), sondern es ging im wesentlichen darum, daß der Herr Verteidigungsminister dieser Republik sein Amt zurücklegt. (*Abg. Graf: Alle! Alle zurück! Neuwahlen!*) Und ich frage mich wirklich: Machen wir uns hier vor der Welt lächerlich? Ist es nicht viel gefährlicher, daß durch Ihr Beharren, durch Ihre Borniertheit unser Ansehen in der internationalen Gemeinschaft noch viel mehr gefährdet wird? (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Benya: Borniertheit? Borniertheit? — Zwischenruf des Abg. Dr. Schranz.*) Herr Präsident Benya! Das 40. Jahr der Zweiten Republik hätte sich einen anderen Anfang verdient, als es durch Ihr Verhalten signalisiert wird! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Schranz: „Borniertheit“ zurücknehmen! — Abg. Benya: „Borniertheit“ haben Sie gesagt!*) Herr Präsident, ich möchte das zur Klarstellung sagen: Ich habe den Begriff der Borniertheit nicht in jenem Sinn verwendet, daß ich Ihnen ein persönlich verwerfliches Verhalten unterstellt habe (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gradenegger*), sondern Borniertheit nur, weil Sie sich unseren Argumenten nicht aufgeschlossen gezeigt haben. (*Zwischenrufe.*) Bitte um Entschuldigung, wenn das in einem anderen Sinn verstanden wurde, Herr Zentralsekretär. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Ich stelle mir überhaupt die Frage, wie Sie noch weiterregieren werden. Angeblich haben sechs Minister ihr Amt zurücklegen wollen. Was wird das für eine Regierungsatmosphäre sein, wenn Sie

jetzt eine Mannschaft betreuen müssen, bei der offensichtlich der Großteil eigentlich gar nicht mehr drinnen sein will? (*Zwischenruf bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Machen Sie es sich in dieser Situation nicht so einfach zu sagen, der heutige Mißtrauensantrag sei ein Gag der Opposition. (*Rufe bei der SPÖ: Nein?*) Seien Sie froh, daß dieses Parlament und diese Opposition es ermöglicht, eine Diskussion vor den Augen der Öffentlichkeit zu führen, die geführt werden muß, weil dieser Fall Frischenschlager nicht mit einer Einigung und einer Erklärung innerhalb der Regierung erledigt werden kann. Das sind wir auch unserem Ansehen im Ausland schuldig. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Mag sein, daß dieses heutige Ereignis die Götterdämmerung der rot-blauen Koalition ist. (*Abg. Graf: Keine Götter in der Koalition, aber sonst stimmt es!*) Mag sein, Herr Bundeskanzler, daß damit auch untrennbar Ihr persönliches Schicksal verbunden ist. Vielleicht ist die Dauer dieser Koalitionsregierung nur mehr kurz. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Die Folgen Ihres Verhaltens werden wir allerdings noch lange zu spüren bekommen. (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*) 15.39

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber dem Bundesminister für Landesverteidigung gemäß Artikel 74 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes.

Zu einem solchen Beschluß des Nationalrates ist gemäß § 82 Abs. 2 Z 4 der Geschäftsordnung die Anwesenheit der Hälfte der Abgeordneten erforderlich. Ich stelle daher die Anwesenheit dieser verfassungsmäßig vorgesehenen Anzahl der Abgeordneten fest.

Es ist namentliche Abstimmung verlangt worden. Da dieses Verlangen von 25 Abgeordneten gestellt wurde, ist die namentliche Abstimmung durchzuführen.

Die Stimmzettel, die zu benützen sind, tragen den Namen des Abgeordneten und die Bezeichnung „Ja“ beziehungsweise „Nein“.

Gemäß der Geschäftsordnung werden die

7002

Nationalrat XVI. GP — 78. Sitzung — 1. Feber 1985

Präsident Mag. Minkowitsch

Abgeordneten namentlich zur Hinterlegung des Stimmzettels in der bereitgestellten Urne aufgerufen.

Zwischendurch gebe ich noch bekannt: Gemäß § 49 Abs. 2 teile ich mit, daß Herr Abgeordneter Grabher-Meyer auf der Fahrt hierher nicht rechtzeitig im Hause eintreffen dürfte. Er wird daher beim Namensaufruf nicht anwesend sein.

Ich ersuche jene Abgeordneten, die für den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber dem Bundesminister für Landesverteidigung stimmen, „Ja“-Stimmzettel, jene, die dagegen stimmen, „Nein“-Stimmzettel in die Urne zu werfen.

Ich bitte nunmehr den Herrn Schriftführer, Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Der Herr Abgeordnete Dkfm. Dr. Keimel wird ihn später dabei ablösen. — *(Über Namensaufruf durch die Schriftführer Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Dr. Keimel legen die Abgeordneten die Stimmzettel in die Urne.)*

Die Stimmenabgabe ist beendet.

Die hiefür bestimmten Bediensteten des Hauses werden nunmehr unter Aufsicht der Schriftführer die Stimmzählung vornehmen.

Die Sitzung wird zu diesem Zweck für einige Minuten unterbrochen. *(Die Beamten nehmen die Stimmzählung vor.)*

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Abgegebene Stimmen: 178, davon „Ja“-Stimmen: 80, „Nein“-Stimmen: 98.

Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen ist somit abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten

Auer
Bayr
Bergmann
Bergsmann
Blenk
Brandstätter
Burgstaller
Derfler
Deutschmann
Dittrich
Ermacora

Ettmayer
Fachleutner
Feurstein
Flicker
Frizberg
Gassner
Gorton
Graf
Graff
Gurtner
Hafner
Heinzinger
Helbich
Hietl
Höchtl
Hofer
Hosp Maria
Huber Hubert
Hubinek Marga
Karas
Keimel
Keller
Khol
Kirchknopf
Kohlmaier
König
Koppensteiner
Kowald
Kraft
Lafer
Landgraf
Lanner
Leitner
Lichal
Löffler
Lußmann
Manndorff
Minkowitsch
Mock
Möst Maria Elisabeth
Neisser
Neumann
Paulitsch
Pischl
Pranckh
Puntigam
Rabl-Stadler Helga
Sallinger
Schäffer
Schüssel
Schuster
Schwarzenberger
Schwimmer
Staudinger
Steidl
Steinbauer
Steiner
Stocker Franz
Stummvoll
Taus
Tichy-Schreder Ingrid

Türtscher
Vetter
Vonwald
Westreicher
Wieser Helga
Wimmersberger
Wolf Johann
Zittmayr

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten

Benya
Brennstainer
Brunner Wanda
Cap
Dietrich
Dobesberger Edith
Ederer Brigitte
Eigruber
Elmecker
Fauland
Fertl
Fister
Gärtner
Gmoser
Gossi
Grabner Arnold
Grabner Heinz
Gradenegger
Gradischnik
Gugerbauer
Guggenberger
Haigermoser
Heindl
Hesele
Hesoun
Hieden Helga
Hintermayer
Hobl
Hochmair
Hofmann
Höll
Huber Alois
Jankowitsch
Kabas
Kapaun
Karl Elfriede
Keppelmüller
Köck
Kokail
Konečný
Kräutl
Kuba
Leithenmayr
Lenzi
Ludwig
Marsch
Matzenauer
Mühlbacher
Nedwed
Neuwirth

Nowotny
Nürnberg
Parnigoni
Partik-Pablé Helene
Peck
Peter
Pfeifer
Pöder
Posch
Praher Adelheid
Preiß
Probst
Rechberger
Reicht
Reinhart
Remplbauer
Renner
Resch
Ressel
Rieder
Roppert
Ruhaltinger
Samwald
Schemer
Scheucher
Schieder
Schober
Scholger
Schranz
Seel
Steger
Stippel
Stix
Stocker Helmuth
Strache
Teschl
Tieber
Tirnthal
Tonn
Traxler Gabrielle
Tychtl
Veleta
Veselsky
Weinberger
Wille
Windsteig
Wolf Helmut
Zipser Ella

Präsident Mag. Minkowitsch: Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 1116/J und 1117/J eingebracht worden sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 20. Feber 1985, um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

7004

Nationalrat XVI. GP — 78. Sitzung — 1. Feber 1985

Präsident Mag. Minkowitsch

In dieser Sitzung wird eine Fragestunde stattfinden. Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 02 Minuten